



Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

59. Sitzung (öffentlich)

9. Dezember 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:05 Uhr bis 15:30 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Annemarie Mersch

Verhandlungspunkt:

Ohne Glasfaser-Strategie verhindert die Landesregierung den Sprung in die Gigabit-Gesellschaft

3

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/9591

In Verbindung mit:

Nordrhein-Westfalen braucht eine Digitalisierungs-Offensive

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9595

Und:

**Landesregierung muss Breitbandförderfonds für flächendeckendes
schnelles Internet in allen Kommunen auflegen**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9596

Sowie:

**Chancen für flächendeckenden Ausbau digitaler Infrastrukturen durch
Breitbandförderrichtlinie des Bundes nutzen – Landesregierung muss
Kommunen beim Breitbandausbau endlich unterstützen**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10071

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen
(Teilnehmende Sachverständige und Stellungnahmen, siehe Anlage)

* * *

Vorsitzender Georg Fortmeier: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie ganz herzlich zur 59. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk. Diese Sitzung ist eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen. Ganz besonders begrüße ich deshalb in unseren Reihen die Herren Sachverständigen; Damen haben wir nicht da. Außerdem begrüße ich die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung und die Medienvertreter sowie die sonstigen Zuhörerinnen und Zuhörer.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle will ich darauf hinweisen, dass der Ausschuss beschlossen hat, die heutige Anhörung live im Internet zu übertragen. Sie sehen das an dem Schirm, der oben in der Mitte hängt, sowie an den roten Lampen unter der Hinweistafel mit der Uhrzeit. Wir sind jetzt live im Netz. Die Sachverständigen sind über diesen Umstand bereits schriftlich hingewiesen worden.

Verehrte Sachverständigen und Kolleginnen und Kollegen, jedes Mal, wenn ich Ihnen das Wort gebe und Sie sich mit dem Mikro eindrücken, schaltet die Kamera auf Sie um.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit der Einladung zur heutigen Sitzung wurde Ihnen ein Vorschlag zur Tagesordnung übersandt. Einziger Punkt für diese Sitzung, die öffentliche Anhörung von Sachverständigen, ist die Beratung von vier Anträgen.

Ich gehe davon aus, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind. Da ich keinen Widerspruch sehe, kann ich die Tagesordnung als beschlossen feststellen.

Somit rufe ich den Tagesordnungspunkt mit den vier verschiedenen Anträgen auf:

Ohne Glasfaser-Strategie verhindert die Landesregierung den Sprung in die Gigabit-Gesellschaft

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/9591

In Verbindung mit:

Nordrhein-Westfalen braucht eine Digitalisierungs-Offensive

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9595

Und:

Landesregierung muss Breitbandförderfonds für flächendeckendes schnelles Internet in allen Kommunen auflegen

Antrag

der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9596

Sowie:

Chancen für flächendeckenden Ausbau digitaler Infrastrukturen durch Breitbandförderrichtlinie des Bundes nutzen – Landesregierung muss Kommunen beim Breitbandausbau endlich unterstützen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10071

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alle vier Anträge wurden nach einer ersten Beratung im Plenum zur Federführung an unseren Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk, überwiesen. Teilweise sind der Ausschuss für Kultur und Medien, der Kommunalausschuss sowie der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz mitberatend.

Der federführende Wirtschaftsausschuss hat beschlossen, die heutige Anhörung durchzuführen. Ich möchte mich an dieser Stelle im Namen des Ausschusses bei den Sachverständigen für die abgegebenen Stellungnahmen und Ihre Anwesenheit heute schon einmal bedanken.

Sie finden auf Ihren Plätzen ein Tableau, mit deren Hilfe Sie die Stellungnahmen den Sachverständigen bzw. den Institutionen zuordnen können. Im Eingangsbereich liegen Überstücke der Stellungnahmen aus, die Sie sich auch noch mitnehmen können.

Wie Sie wissen, ist es bei uns im Wirtschaftsausschuss nicht vorgesehen, dass die anwesenden Sachverständigen ihre schriftlichen Stellungnahmen in einem Eingangsstatement mündlich wiederholen und uns damit wertvolle Fragezeit nehmen. Wir alle haben die Stellungnahmen vorher gelesen. Die Fraktionen haben sie sicherlich vorbeprochen und sich Fragen zurechtgelegt. Damit wollen wir gleich einsteigen.

Zuvor will ich noch einen weiteren Hinweis geben: Im Wirtschaftsausschuss ist es bei den Anhörungen üblich, dass wir immer zwei Fragesteller zusammenfassen, die ihre Fragen gezielt an die Sachverständigen richten. Dann gibt es eine Antwortrunde, gefolgt von der nächsten Fragerunde mit wieder zwei Fragestellern. So haben wir das mit Fragen und Antworten besser aufgeteilt.

Jetzt schaue ich in die Runde der Kollegen. Zunächst bekommen als Erste der Kollege Dr. Paul und der Kollege Vogt das Wort. Danach sind in der zweiten Runde die Kollegen Bolte und Bombis dran. – Herr Dr. Paul, bitte schön.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, und einen ganz herzlichen Dank seitens der Piratenfraktion an die Sachverständigen zu Ihren sehr umfangreichen Stellungnahmen und der Bereitschaft, diese hier mündlich mit Antworten auf unsere Fragen zu bereichern!

Ich möchte zu Beginn vor dem Hintergrund, dass der Regulierungsentwurf der Bundesnetzagentur zum Vectoring erst letzte Woche kam und demzufolge die Anträge dieser Anhörung diesen Regulierungsentwurf nicht decken, eine ganz einfache Frage stellen. In der Debatte zum Vectoring werden zwei Fälle diskutiert: Zum einen über den Regulierungsentwurf der Agentur zur Vectoring-Erlaubnis in der Nähe der Hauptverteiler sowie zum anderen die Frage, ob Vectoring an Kabelverzweigern durch die Breitbandprogramme gefördert werden sollte bzw. darf. Das ist derzeit nicht erlaubt, wird aber wahrscheinlich kippen. Meine einfache Frage an Sie: Braucht NRW eine Strategie zum Aufbau eines Gigabit-Netzes? „Strategie“ können Sie auch als „Masterplan“ verstehen.

Als nächstes habe ich eine Frage an Herrn Dr. Kaack. Sie hatten das in Ihrer Stellungnahme bereits angedeutet: Warum leistet der Regulierungsentwurf der Bundesnetzagentur zum Vectoring keinen Beitrag für die zentralen breitbandpolitischen Herausforderungen? Ist er nicht sogar eher schädlich – Stichwort: Rosinenpicken?

Meine dritte Frage möchte ich an die Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen, an Herrn Glusa, richten: Auf Seite 3 f. Ihrer Stellungnahme haben Sie eine Beispielrechnung präsentiert, die aufzeigt, dass ein Ausbau mit Vectoring gar nicht so viel günstiger ist, als direkt Glasfaser zu bauen. Bitte erläutern Sie, warum Vectoring kein geeignetes Instrument für eine flächendeckende Versorgung ist und sogar den FTTB/H-Ausbau verzögern könnte.

Alexander Vogt (SPD): Meine Herren, vonseiten der SPD-Fraktion ganz herzlichen Dank für die umfangreichen Stellungnahmen und die heutige Teilnahme. Wir haben das Thema „Breitbandausbau in Nordrhein-Westfalen“ in einer Vielzahl von Anträgen und Diskussionspunkten hier erörtert. Es ist gut, dass so viele verschiedene Sichtweisen, auch zum kürzlich vorgestellten Programm der Landesregierung – 500 Millionen € stehen insgesamt zur Verfügung –, eingegangen sind.

Ich habe zwei Fragen. Einmal geht es um die Technologieförderung. Da würde ich gerne von Herrn Kriegeskotte und Herrn Dr. Kaack eine Einschätzung hören. Wenn Förderkriterien für bestimmte Technologien entwickelt werden: Wie müssten die aus Ihrer Sicht optimal aussehen?

Eine weitere Frage habe ich an Herrn Glusa und Herrn Brebaum: In dem Förderprogramm sind 9 Millionen € für Breitbandbeauftragte in den Kommunen und Kreisen reserviert. Wie ist aus Ihrer Sicht dort das Aufgabenspektrum und was muss innerhalb der Kommunen und Kreise geleistet werden, um eine bessere Koordination und einen optimalen Ausbau hinzubekommen?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank Herr Kollege. – Wir steigen jetzt in die Beantwortung ein. Da Herr Kollege Dr. Paul seine erste Frage an alle gerichtet hat,

machen wir jetzt einmal einen Durchlauf, sodass alle der Reihe nach zu Wort kommen. Wenn Sie in anderen Bereichen auch gefragt worden sind, bitte ich Sie das gleich mit zu beantworten. – Wir fangen an mit dem Bundesverband Glasfaseranschluss, mit Herrn Heer. Bitte schön.

Wolfgang Heer (Bundesverband Glasfaseranschluss): Vielen Dank für die Einladung und die Fragen. Die ersten Fragen bezogen sich darauf, ob wir in Nordrhein-Westfalen eine Gigabit-Strategie brauchen und was in diesem Zusammenhang mit dem Vectoring und insbesondere dem Nahbereichs-Vectoring ist. Um die erste Frage ganz klar zu beantworten: Ja, wir brauchen eine Gigabit-Strategie, einen Masterplan oder ein Maßnahmenpaket. Auf dessen Inhalt kommen wir sicherlich im Laufe der Diskussion noch zu sprechen. Wir haben dazu ein paar Vorschläge.

Diese Frage hängt aus unserer Sicht ganz eng mit Vectoring zusammen. Denn was wir sehen – da spielt auch das Bundesförderprogramm hin –, ist eine vom Bund vorgegebene, absolut kurzfristige Ausrichtung der Breitbandversorgung auf 50 Megabit im Download bis 2018. Um dieses Ziel zu erreichen, hat man im Moment wahrscheinlich gar keine andere Wahl, als in Übergangstechnologien zu investieren. Da verspricht man sich vom Vectoring eine ganze Menge.

Beim Vectoring wird – kurz gesagt – auf den oberen Leitungsfrequenzen im Kupfernetz im Prinzip ein Rauschen oder ein Übersprechen herausgerechnet. Dadurch wird mehr Bandbreite übertragen. Das liegt daran, dass unser Kupfernetz niemals für Breitbandübertragungen gemacht war, sondern eigentlich nur fürs Telefonieren.

Das Problem ist wie bei einer Hunderasse: Je mehr ich etwas auszüchte, desto mehr systemimmanente Fehler kommen da auch rein. So wie ein Golden Retriever oft eine Hüftdysplasie hat, so kann ich das Kupfernetz nicht beliebig mit Übergangstechnologien aufpimpen, die auch noch böse Nebenwirkungen haben. Die böseste Nebenwirkung beim Vectoring ist das Highländer-Prinzip: Ich ziehe mein großes Schwert und schlage allen anderen den Kopf ab. Ich benutze das und die anderen sind raus.

Die Bundesnetzagentur hat die Büchse der Pandora vor zwei Jahren geöffnet und versucht jetzt, nicht mehr viel von dem austretenden Unheil weiter ausströmen zu lassen. Der Regulierungsentwurf, den wir seit zwei Wochen haben, ist jedoch der Versuch, diese Windhundkriterien auch auf die Nahbereiche auszudehnen. Da könnte man vom Grundsatz her sagen: Guter Versuch! Nun ist es aber so, dass diese Nahbereiche in der Regel dort sind – wir haben das bei unseren Mitgliedsunternehmen in den vergangenen Tagen mal abgefragt –, wo bereits die bessere Technologie ausgebaut ist, also wo Glasfaser bis ins Gebäude oder sogar bis ins Haus zur Verfügung steht.

Nehmen Sie mal Magdeburg; das ist der krasseste Fall. Da entspricht das FTTB-Ausbaugebiet zu 98 % den Versorgungsgebieten der Hauptverteiler und ist somit quasi deckungsgleich. Es ist schlechterdings nicht einzusehen, dass ich die bessere Anschlusstechnologie, die mir im Rahmen der notwendigen Gigabit-Strategie hilft, in der kommenden Dekade Gigabit-Bandbreiten zu übertragen, heute mit einer schlechteren Technologie überbaue. Genau das wird jetzt passieren.

Das Windhundrennen, das auch durch die Entscheidung zum Nahbereichs-Vectoring ausgelöst werden wird, wird dazu führen, dass ich mich auf Gebiete konzentriere, in denen schon heute eine gute Versorgung sichergestellt ist.

Ich merke, dass ich schon wieder ausufere, aber gestatten Sie mir einen kurzen Seitenhieb auf die Breitbandversorgung in Nordrhein-Westfalen, die auf dem Papier, als Status betrachtet, gut ist. 70 % der Bevölkerung haben einen Anschluss mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde. Wo bestehen diese 70 %? Fast ausnahmslos in den vorhandenen Ballungsgebieten, die vielfach auch mit den Nahbereichen übereinstimmen. Sinnvollerweise müsste man jetzt eigentlich einen Ausbauwettbewerb im ländlichen Raum anregen. Sicherlich wird Herr Glusa gleich noch etwas dazu sagen, wie er das macht – was ich ganz großartig finde. Wir brauchen eine Gigabit-Strategie. Außerdem sollten wir zusehen, dass wir knappe öffentliche Mittel nicht da reinstecken, wo sie eigentlich nicht nötig sind.

Sven Knapp (Bundesverband Breitbandkommunikation): Einleitend kurz etwas zur Frage, ob wir eine Gigabit-Strategie brauchen. Die Antwort ist ein klares Ja; da kann ich mich meinem Vorredner nur anschließen. Wir dürfen nicht nur in kurzfristigen Zielen denken. Aktuell haben wir das 2018er-Ziel: 50 Mbit flächendeckend für alle. Als man gemerkt hat, dass das Ziel schwierig zu erreichen sein wird, wurde mit einem Regulierungsantrag der Deutschen Telekom versucht, eine kurzfristige Lösung zu erreichen, die aber insbesondere aus Wettbewerbs- und Verbrauchersicht nicht dem Breitbandausbau und der Erreichung der Ziele dient, sondern einzig und allein der Deutschen Telekom.

Warum ist das so? Die konkrete Frage des Abgeordneten lautete: Warum leistet das keinen Beitrag? Die Bundesnetzagentur kommt in ihrem Entscheidungsentwurf zu dem Ergebnis, dass insgesamt nur 3,8 % der Haushalte in Deutschland von dem Antrag konkret profitieren, weil nur diese 3,8 % erstmalig Bandbreiten von 50 Mbit erhalten. Wodurch wird das erkauf? Das wird durch eine Remonopolisierung, durch ein teilweises Technologiemonopol der Deutschen Telekom erkauf. Die Entscheidung sieht vor, dass die Deutsche Telekom im Grundsatz exklusiv alle Nahbereiche bekommen soll. Als Ausnahmemöglichkeit ist ausgestaltet, dass die Wettbewerber unter hohen Hürden und unter Erfüllung bestimmter Voraussetzungen die Möglichkeit haben, auch einzelne Nahbereiche ausbauen zu dürfen. Von einem fairen Kompromiss kann aber keine Rede sein.

Wir brauchen den Infrastrukturwettbewerb. Warum ist das so? Seit der Liberalisierung 1998 haben die Wettbewerber deutlich mehr als die Hälfte – insgesamt 55 % – der Investitionen in den Breitbandausbau getätigt. Das zeigt, dass ein flächendeckender Breitbandausbau in Deutschland nur im Wettbewerb funktionieren kann. Eine Zurückdrehung von Regulierungen hin zu einer Remonopolisierung würde dazu führen, dass der Breitbandausbau nicht gefördert wird, sondern – ganz im Gegenteil – dass der flächendeckende Breitbandausbau und insbesondere der flächendeckende Glasfaserausbau mit Glasfaseranschlüssen bis in die Häuser sich in den nächsten Jahren deutlich verlangsamen wird.

Dr. Matthias Mainz (IHK NRW): Auch von mir der Dank, uns als Experten in dieser Runde äußern zu dürfen. Sicherlich sind wir auch bei der Frage von Herrn Dr. Paul nach der Notwendigkeit eines Masterplans angesprochen. Diese Frage haben meine beiden Vorredner schon angeschnitten und in weiten Teilen bereits beantwortet.

Die Notwendigkeit, einen solchen Plan oder eine solche Strategie aufzulegen, sehen wir auch immer unter den Punkten Transparenz über das Angebot sowie Transparenz über die Gegebenheiten vor Ort, wo wir, glaube ich – gerade wenn man in die Tiefe des Raumes guckt –, noch einiges machen kann, wenn wir nicht wissen, wo welches Kabel in welcher Erde liegt oder welche Verfügbarkeit wir wo haben, wo wir aber auch nicht dazu kommen können, eine relevante Nachfrage auf die Beine zu stellen. Die Kollegen im ländlichen sowie in dezentraleren Gewerbegebieten berichten mir immer wieder, dass wir nicht genau über die Verfügbarkeiten im Boden Bescheid wissen. Wie in jedem Netz macht es auch bei einem solchen Netz Sinn, eine Schichtigkeit vorzunehmen und diese Strategie bzw. den Netzgedanken so großräumig wie möglich anzugehen und auf kommunaler wie regionaler Ebene bei konkreten Planungen zu landen.

Einen Aspekt würde ich noch ganz gerne einbringen. Was wir bei den Projekten in der Tiefe des Raumes erleben, ist eine gewisse Abwartungshaltung. Wenn man jetzt neue Prozesse oder Strategien anstößt, darf das nicht dazu führen, dass man sagt: Wir machen jetzt nichts mehr, wir legen die Hände in den Schoß und warten erst mal, ob doch noch was passiert. Im Vorfeld der letzten Diskussion um die Förderangebote war ganz gut nachzuverfolgen, was in der Zeit nicht passiert ist. Man hat sich erst mal in Diskussionen aufgehalten. Andere Länder machen das, denke ich, etwas pragmatischer. Es gibt einen berühmten Ökonomen, der mal gesagt hat: „In the long run, we are all dead.“ So lange sollten wir nicht warten, das breite Band auszubauen.

Dr. Oliver Grün (BITMi e. V.): Auch von meiner Seite erst mal herzlichen Dank für die Einladung. Zunächst einmal kann ich mich meinen Vorrednern anschließen. Auch wir sehen die Notwendigkeit einer Strategie zum Aufbau eines Gigabit-Netzwerkes. Bisher ist mit einigen technischen und besonderen Gründen argumentiert worden. Ich würde gerne etwas grundsätzlicher daran gehen. Es ist sehr wichtig, eine Gigabit-Strategie aufzusetzen, weil es letztlich um die Standortwahl geht. Warum soll die im Jahr 2020 oder 2030 auf NRW fallen? Neben der Rohstoffbildung ist der zweite wesentliche Faktor die Infrastruktur – und das sind unsere Netze.

Mir erscheint es immer so, dass es so verstanden wird, es gehe nur darum, einen noch schnelleren Zugang zum Internet als wir ihn heute kennen, zu bekommen. Darum geht es aber nicht. Es geht nicht um einen schnelleren TV-Streaming-Zugang, sondern darum, dass heute zwischen 5 und 7 Milliarden vernetzte Geräte im Umlauf sind. Das werden bis 2020 50 Milliarden im „Internet der Dinge“ sein. Das heißt, wir werden auch Transformationen von Wertschöpfung haben, von Produkten in Plattformökonomie. Die gesamte Wirtschaftswelt verändert sich – und zwar dramatisch. Insofern sollte man jetzt nicht den Fehler machen und über die Strategie nur sprechen, weil man meint, es müsste alles noch ein bisschen schneller werden. Die Anforderungen werden sich so maßgeblich ändern, dass wir dringend eine Gigabit-Strategie brauchen, um diese digitale Transformation überhaupt hinzubekommen.

Zweitens kurz zum Vectoring. Wir sind zwar kein technisch verifizierter Verband im Bereich der technischen Kompetenz im Netzausbau, aber wir glauben, dass Technikneutralität beim Ausbau des Netzes wichtig ist. Vectoring ermöglicht jedoch nur die Verlängerung der Nutzung des Kupferkabels, aber tatsächlich keine Gigabit-Geschwindigkeiten, die wir definitiv brauchen. Insofern glauben wir, dass man unbedingt auf Glasfaser setzen sollte.

Übrigens gibt es dafür auch sehr viel wissenschaftliche Unterstützung. Obwohl wir das kurzfristige Ziel von 50 Mbit pro Sekunde bis 2018 haben, züchten alle – das Beispiel mit dem Hund fand ich gut – das Kupferkabel noch weiter, vergessen aber gleichzeitig den Ausbau des Glasfasernetzes. Laut OECD-Studien sind in Deutschland nur etwa 1 % der Breitbandanschlüsse glasfasergebunden. In Schweden sind es dagegen 40 %, sogar in Rumänien sind es 3 %. Der internationale Durchschnitt liegt bei 16,9 %. Eigentlich ist das eine Mogelpackung. Wir versuchen immer mehr Spoiler an unseren Golf zu bauen, und erkennen einfach nicht, dass wir endlich auf eine Technologie umstellen müssen, die nicht nur das nächste, sondern auch das übernächste Ziel, das Gigabit-Ziel, erreicht. Das brauchen wir dringend für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand. Sorry für die allgemeine Bemerkung.

Vorsitzender Georg Fortmeier: In dieser ersten Runde sei das gestattet. – Als Nächster für die Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW Herr Felsch. Bitte schön.

Alexander Felsch (Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW): Herr Dr. Paul, Sie haben gefragt, ob wir eine Gigabit-Strategie brauchen. Was die Antwort angeht, kann ich mich nur meinen Vorrednern anschließen.

Wie wir in der MICUS-Studie sehen, haben wir am Ende des Jahres 2015 erst 10 % aller Industrie- und Gewerbegebiete mit dem Ausbauziel für 2018 erreicht. Darüber würde ich ungern hinweggehen. Aus unserer Sicht ist es vorrangig, dass die Industrie- und Gewerbegebiete den Anschluss an das schnelle Internet finden. Da ist die Antwort ganz klar: Ja, wir brauchen eine Gigabit-Strategie. Und die soll über das Jahr 2018 hinausgehen. Weil wir in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen leben, bitte ich, für die Industrie- und Gewerbegebiete vorrangig auf die Symmetrie zu achten. Das heißt, Upload- und Download-Kapazitäten müssen symmetrisch ausgebaut werden, um den Wandel zur Industrie 4.0, zur Digitalisierung und allem, was man darunter versteht, hinzubekommen.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen zu Recht sehr stolz auf unsere industriellen Wertschöpfungsketten. Wir sind sehr stark im Bereich der industriellen Dienstleistung, stärker als andere Länder. Gleichzeitig sehen wir, dass die industriellen Kerne Nordrhein-Westfalens nicht zwingend dort sind, wo die Bevölkerung sich ballt, sondern dass sie auch in Südwestfalen, in Ostwestfalen-Lippen und in den ländlichen Regionen des Münsterlandes sitzen. Wenn Sie eine solche Strategie als Landtag bzw. als Landesregierung schreiben wollen, sollten diese Teile vorrangig mit bedacht werden. In den Ballungszentren werden Sie immer einen Anbieter finden, für den es sich rechnet, diese Anschlüsse hinzubekommen, aber Traditionsunternehmen – viele der Hidden

Champions, auf die wir stolz sind, sind Traditionsunternehmen – sitzen auch an Traditionsstandorten und die sind derzeit, wie die MICUS-Studie zeigt, nicht besonders gut angeschlossen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Als Nächster ist Herr Kriegeskotte von Bitkom dran. Sie hatten neben der allgemeinen Frage auch eine gezielte Frage von Herrn Vogt bekommen. Bitte schön.

Nick Kriegeskotte (Bitkom): Auch von unserer Seite können wir Ihrer Frage, ob NRW eine Gigabit-Strategie braucht, zustimmen. Denn – der Kollege von BITMi hat es gerade gesagt – wir haben absehbar durchaus massiv steigende Datenmengen in den Netzen, getrieben durch Videostreaming, durch das „Internet of things“, durch die ganzen Anwendungen der Industrie 4.0, durch vernetztes Fahren, was alles sehr hohe Anforderungen an die Netze stellen wird. Deswegen macht es Sinn, auch über 2018 hinaus schon mit dem Nachdenken anzufangen.

Nichtsdestotrotz ist das Zwischenziel 2018 – die flächendeckende Mindestversorgung bis 50 Mbit – auch unserer Sicht ein entscheidender Schritt, den wir nicht außer Acht lassen dürfen, sondern weiter verfolgen müssen, um zumindest eine Grundversorgung auf diesem Level für alle hinzubekommen. Für dieses Zwischenziel ist es aus unserer Sicht zwingend notwendig, auch auf Technologieneutralität und ein möglichst breites Spektrum an Technologien zu setzen. Dazu gehören Vectoring ebenso wie die mobilen Netze sowie die auch heute schon sehr leistungsfähigen Kabelinfrastrukturen. Und dazu gehört auch Glasfaser.

Ich weiß allerdings nicht, ob der hier teilweise angesprochene Widerspruch zwischen Vectoring-Technologien, zwischen Kabelnetzen und Glasfaser tatsächlich vorhanden ist, denn auch beim Kabelnetzausbau erfolgt ein Ausbau von Glasfaser in die Fläche hinein. Zwar noch nicht bis zu den Häusern, aber durchaus in den Netzen, sodass wir auch beim Glasfaserausbau vorankommen.

Zur Frage von Herrn Vogt nach möglichen Förderkriterien. Aus meiner Sicht bietet es sich an, mal zu schauen, was der Bund bei seinem Förderprogramm an Förderkriterien zugrunde gelegt hat. Über deren Gewichtung gibt es zwar durchaus unterschiedliche Auffassungen, aber die Faktoren als solche sind durchaus relevant. Ich glaube, darüber besteht Einigkeit.

Es wird dort zunächst geschaut: Was gibt es an Förderbedarf? Wie groß ist die durchschnittliche Anzahl der Anwohner in dem jeweiligen Ausbaugbiet? Wie ist der Versorgungsstand mit Anschlüssen unter 16 Mbit? Unter diesem Punkt hat die Frage nach besonderen geografischen Schwierigkeiten eine geringere Gewichtung.

Zweiter wichtiger Faktor bei der Bewertung der Förderkriterien im Bund ist der Projekterfolg, letzten Endes die Frage: Wie viele neue Anschlüsse schaffen wir? Bleiben überhaupt weiße Flecken in diesem Anschlussgebiet zurück? Schaffen wir das Ganze bis 2018? Werden auch Gewerbegebiete und institutionelle Nachfrage, beispielsweise Schulen, die hier durchaus – wenn auch zum geringen Teil – mit in die Betrachtung einfließen, mit eingebunden?

Drittens. Auch der effiziente Mitteleinsatz wird beim Bundesprogramm nicht außer Acht gelassen, also die Frage des Einsatzes von privatem Kapital, die Frage, wie viele innovative Techniken beispielsweise bei der Verlegung verwendet werden, sowie die Frage nach den durchschnittlichen Kosten pro Anschluss.

Viertes Kriterium ist die Nachhaltigkeit, also die Größe des Projektgebietes und die Vernetzung mit umliegenden Gebieten sowie die Strecke von neu verlegten Glasfaserleitungen, die auch bei dieser recht breiten Betrachtung richtigerweise nicht außer Acht gelassen wird.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Glusa von Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen das Wort. Sie hatten auch noch eine weitere Frage von Herrn Dr. Paul bekommen. Bitte schön.

Stefan Glusa (Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen mbH): Auch von unserer Seite vielen Dank für die Einladung. Wir sind gerade schon als starke Industrieregion eingeführt worden. Das ist in der Tat so. Südwestfalen hat es sich als drittstärkste Industrieregion Deutschlands zur Aufgabe gemacht, das Thema „Breitbandversorgung“ insbesondere für die Gewerbegebiete als wichtiges Handlungsfeld anzugehen. Von daher befürworten auch wir die Gigabit-Strategie. Ich würde fast noch einen Schritt weiter gehen. Jetzt haben wir für Gigabit breite Zustimmung bekommen; wir könnten auch gleich die Terabit-, Exabit- oder Zetabit-Strategie definieren.

Die Frage ist allerdings, wie nachhaltig Bandbreitenziele insgesamt sind. Viele der hier Anwesenden – insbesondere Herr Heer, der den Glasfaserausbau auch im Namen seines Verbandes trägt – werden die Glasfaser als die Strategie oder die Infrastruktur der Zukunft definieren. Wir alle kennen aber auch das Gebot der Technologieneutralität: Ich kann im Prinzip gar nicht das fordern, was ich am liebsten hätte. Also versuche ich es über den Umweg mit Datenraten. – Dem werden wir jedoch immer weiter hinterherhängen, selbst wenn wir jetzt von 50 Megabit auf 500 oder auf das Gigabit gehen. Zu Recht wurde schon darauf hingewiesen, dass es nicht mehr nur um die Datenrate geht, sondern insbesondere um das Thema der „Echtzeitkommunikation“ geht. Vor allem Industrie-4.0-Anwendungen werden auf echtzeitfähige Netze setzen. Ich nehme das Ganze unter dem Oberbegriff „Gigabit-Strategie“, wenn damit gemeint ist, dass auch die Infrastruktur entsprechend nachhaltig ist und sogar mehr als Gigabit leisten kann.

Daran schloss sich die Frage an, warum Vectoring in dem Zuge vielleicht noch nicht so nachhaltig ist, wie es ein direkter FTTB-Ausbau wäre. Dazu haben wir in unserer Stellungnahme auf ein Kurzgutachten des TÜV Rheinland unter dem Titel „Ausbau ultraschneller Breitbandnetze“ hingewiesen. Die stellen von einer flächendeckenden Versorgung mit 100 Megabit ab. „Flächendeckend“ ist hier nicht als Etikettenschwindel gemeint – wir reden hier nicht über 95 % oder 98 % –, sondern bei Flächendeckung wird in diesem Modell zumindest rechnerisch 100 % Flächendeckung unterstellt. Dabei ist es je nach Siedlungsform und Siedlungstyp im Prinzip so, dass Sie bei einer Versorgung der abgelegenen Bereiche in einer linearen Siedlungsform, wie es im ländlichen Bereich schon mal der Fall ist, dem Kunden quasi einen neuen Kabelverzweiger

bis vor die Haustür stellen müssten. Dann können Sie die jedoch auch gleich mit Glasfaser erschließen, denn dann liegen sie in der Kostenerwägung gar nicht mehr so weit auseinander. Das konnten wir in unserer Stellungnahme nur verkürzt darstellen. Ich empfehle also die Lektüre des entsprechenden TÜV-Gutachtens, das, glaube ich, aus September dieses Jahres ist. Da wird es auch für andere Siedlungsformen, die Sie im eher dichter besiedelten, innerstädtischen Bereichen antreffen können, weiter ausgeführt.

Außerdem wurde mir die Frage zum Bereich „Breitbandbeauftragte“ gestellt: Wie werden wir 50.000 € pro Kommune bzw. Kreis/kreisfreie Stadt, die für die nächsten drei Jahre in diesem 9-Millionen-€-Paket vorgesehen sind, sinnvoll einsetzen? Es gibt mittlerweile eine Reihe von Stellenbeschreibungen für Breitbandkoordinatoren. Wir haben das Ganze in Südwestfalen zunächst nicht „Breitbandkoordinatoren“ genannt, sondern die arbeiten in unserer Gesellschaft als Projektleiter. Wichtig ist, dass wir dort sehr interdisziplinär aufgestellt sind. Bei dem Thema ist es schwierig, alle Themen auf nur einen Kopf zu verteilen. Das heißt, wir haben beispielsweise einen Spezialisten für den Bereich Tiefbau, einen Bauingenieur, und wir brauchen auf jeden Fall einen guten Juristen, wobei im Zweifel auch das Rechtsamt in der Verwaltung aushelfen kann. Ich denke, dass Herr Brebaum das aus eigener Erfahrung in Steinfurt auch kennt: In der Regel braucht man ein Team, um alles abdecken zu können.

Genauso wichtig ist, dass die Wirtschaftsförderung mit an Bord ist. Letztendlich brauchen Sie die Bürgermeister, auch wenn Sie es auf Kreisebene organisieren. Sie müssen die Kommunen vor Ort mitnehmen. Sie müssen viel nachrichtentechnisches Know-how haben. Das können Sie sich nicht alles nur über externe Beratung zukaufen – so wichtig die Arbeit der externen Berater auch ist.

Ein ganz wichtiges Instrument, das wir in der täglichen Arbeit der Breitbandkoordinatoren nutzen, ist – Dr. Mainz sprach es vorhin an – unser eigenes Infrastrukturkataster. Wir müssen wissen, wo welche Leitung liegt, um überhaupt planen zu können. Auch das ist noch mal als Hinweis für so einen Masterplan oder so eine strategische Gesamtplanung zu verstehen. Es wird zu Recht gesagt, dass es so komplex ist und gar nicht generalstabsmäßig oder planwirtschaftlich organisiert werden kann. Da muss vor Ort genau hingeguckt werden. Da fehlt den Kommunen vielfach das Wissen um Infrastrukturen. Selbst wenn das Wissen da ist, muss es so zugänglich gemacht werden, dass man damit ein dynamisches Planungswerkzeug hat. Ein statischer Masterplan mit 500 Seiten nutzt Ihnen im Prinzip in der täglichen Arbeit nichts, wenn die Glasfaser oder das Leerrohr in die Erde soll. Sie müssen das vor Ort, wenn die Straßen offen ist, von einem Fachkundigen vor Ort beurteilen lassen: Lege ich da jetzt was mit rein oder wäre das auf ewig ein Leerrohr, das nicht genutzt würde? – Um die Frage zu beantworten, brauchen Sie Spezialisten. Deshalb sind wir sehr dafür, die Arbeit der Breitbandbeauftragten oder -koordinatoren weiter zu fördern.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. – Als Nächster Herr Dr. Kaack von STZ-Consulting. Die beiden Herren Dr. Paul und Vogt hatten auch eine weitere Frage an Sie gerichtet. Bitte schön.

Dr. Jürgen Kaack (STZ-Consulting Group): Vielen Dank für die Einladung. Ich habe in diesem Kreis schon mehrfach meine Meinung zum Thema „Breitbandausbau“ und den Erfordernissen kundgetan. Daran hat sich nicht wirklich viel geändert. Insofern kann ich mich meinen Vorrednern anschließen und sagen: Natürlich brauchen wir eine Strategie – wie auch immer man das nennt – für das Thema „Gigabit-Gesellschaft“.

Der Grund ist nicht nur, dass die Anforderungen an die Bandbreite immer weiter steigen. Alle alternativen Technologien, die wir heute haben, sind letztendlich Brückentechnologien. Das habe ich in diesem Kreise schon mehrfach ausgeführt. Auch die hochgelobte Kabelnetztechnologie ist eine Brückentechnologie; sie wird irgendwann aus rein aus physikalischen Gründen ersetzt werden müssen. Vectoring ist es ein technologisch sehr ausgereiftes Ausreizen einer Technologie. Das kann man von der Technologieseite aus hoch schätzen. Aber es ist in der Tat keine Lösung für unser Problem.

Warum brauchen wir diese Gigabit-Strategie aus meiner Sicht sehr dringend? Wir haben heute die Lage, dass in vielen Gebieten schon schwarze und graue NGA-Flecken entstehen – nicht nur in den Ballungsgebieten, sondern auch im ländlichen Raum. Ich kenne dort mittlerweile sehr viele Kommunen und kleinere Gemeinden, wo heute schon im Kern Vectoring ausgebaut wird. Das heißt, wenn ich heutige Förderprogramme wie das neue Bundesprogramm sehe, kann ich diese Gebiete gar nicht mehr als Gebietskörperschaft anpacken. Deshalb brauchen wir dringend eine Strategie, wie man auch in diesen Gebieten längerfristig zu einer Glasfaserinfrastruktur kommt.

Diese Glasfaseranschlussnetze werden nicht von alleine entstehen, weil die Unternehmen, die sie anbieten und realisieren sollen, wirtschaftlich handeln müssen. Wenn ich heute ein Netz habe, das 100 Megabit realisiert, habe ich Probleme, das in vernünftiger Zeit zu amortisieren. Deshalb brauchen wir eine Strategie, wie man das trotz alledem realisieren kann und wie man es so vonseiten des Landes koordiniert, dass ich einerseits als Gebietskörperschaft die rechtliche Grundlage habe, überhaupt tätig werden zu dürfen, und dass andererseits die Frage berücksichtigt wird, wie ich es ermöglichen, nicht zu den heute üblichen hohen Kosten einer Tiefbauverlegung arbeiten zu müssen.

Auf jeden Fall müssen wir hin zu dieser höherwertigen Infrastruktur. Aus meiner Sicht ist es nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern für ganz Deutschland und Europa unabdingbar, dass in Zukunft nicht mehr ein Anschluss und die vorhandene Anschlussstechnologie definiert, welchen Dienst ich nutzen darf oder kann, sondern dass die Infrastruktur da ist und ich als Verbraucher und Nutzer – ob als Haushalt oder Betrieb – entscheide, was ich brauche. Das wäre für mich eine absolute Notwendigkeit. Darauf müssen wir in einem Zeitraum von etwa 15 Jahren hinarbeiten. Wenn wir heute keine Strategie machen, dann werden wir in zehn Jahren wieder hier sitzen und sagen: „Och, irgendwo fehlt uns da was“. Das heißt, wir müssen heute mit dieser Strategie anfangen, sonst kommen wir in zehn Jahren ganz sicher nicht dahin.

Zur Frage „Vectoring“ und der Schädlichkeit der HVt-Entscheidung im Nahbereich! Grundsätzlich würde ich sagen – das ist auch bei meinen Vorrednern schon angeklungen –, dass die Entscheidung der Bundesnetzagentur in Bezug auf Nahbereichsexklusivität für den Breitbandausbau in diesen Regionen fast nichts bringt, weil es in diesen

Gebieten heute überwiegend nicht nur graue, sondern schwarze NGA-Flecken gibt. Das heißt, es hat keine Auswirkung auf die Strategie 2018.

Wenn ich das einmal ausklammere, ist es für den Breitbandausbau in der Fläche egal, was man da entscheidet. Wenn ich es dagegen unter Markt- und Wettbewerbsgesichtspunkten sehe, würde ich meinen, dass die Strategie, eine Technologie quasi zu zementieren und einem Unternehmen einen weiteren Teil Monopol zu geben, für den weiteren Ausbau sicherlich schädlich ist. Unabhängig vom Nahbereich ist es auch in der Fläche in vielen Bereichen schädlich, wenn durch Eigenausbau heute große Flecken zementiert und mit Vectoring ausgebaut werden. Viele kleinere regionale Anbieter oder auch Stadtwerke, die in dem Bereich tätig werden wollen, verlieren damit ihre wirtschaftliche Grundlage für die kurzfristige Lösung.

Von daher ist, glaube ich, deutlich, dass Vectoring – auch wenn es für viele Kommunen eine schnelle und im Eigenausbau kostengünstige Lösung ist, die den Haushalt entlastet – tendenziell schädlich für die langfristige Lösung ist. Da ist es auch egal, in welchem Bereich ich mich mit dem Thema „Vectoring“ beschäftige: ob in der Fläche oder in Ballungsgebieten – sicherlich jeweils mit unterschiedlicher Dynamik. Diese ganzen Themen rund um das Windhund- und Highländer-Verfahren habe ich hier schon beliebig ausführlich kommentiert. Ich erspare mir das an der Stelle.

Zur Frage nach den Förderkriterien! Das ist eine spannende Frage. Wenn ich mir das Bundesprogramm ansehe, sind viele Kriterien sicherlich richtig. Natürlich muss ich nach den Leistungswerten, die ich nach einem Ausbau erreiche, bewerten. Ich muss nach der Effizienz des Mitteleinsatzes bewerten und danach, welche Fläche ich abdecke.

Aber ich möchte eines zu bedenken geben, was ich in meiner Stellungnahme auch ausgeführt habe: Wenn man den Breitbandausbau im Land betrachtet, müssen wir in Phasen denken. Da ist es einerseits unabdingbar, dass wir die Langfriststrategie haben, denn ohne sie kommen wir nicht zu den Glasfasernetzen. Wir brauchen andererseits aber auch Lösungen für die Gebiete, die heute noch unterversorgt sind – da reden wir immerhin über etwa 5 % der Fläche –, und für die Gebiete, die heute weiße NGA-Flecken sind.

Wenn ich mir heute die Kriterien des Bundesprogramms anschau, ist meine Sorge, dass, wenn 85 % mit mindestens 50 Megabit ausgebaut sein müssen und Vectoring nicht förderfähig ist, als Technologien tendenziell nur zwei übrig bleiben, nämlich Richtfunk oder Glasfaser. Das ist grundsätzlich richtig aber praktisch an vielen Stellen fatal, denn die Stellen im Land, in den Kommunen, die heute weiße Flecken sind, sind zunehmend klein und am Rande einer Siedlung. Es sind Streusiedlungen bzw. Straßendörfer, die Sie nicht wirklich ausbauen können. Es ist schwer, für diese Gebiete einen Anbieter zu finden, wenn Sie nicht gerade einen Regionalanbieter in der Nähe haben, der sein Netz sowieso schon dort hat.

Deshalb wäre mein dringender Rat an der Stelle, die Förderkriterien so anzusetzen, dass ich auch mit Brückentechnologien, die nicht von Hause aus schlecht sind, diese Gebiete in kurzer Zeit in die Lage versetze, auf 20, 30 oder mehr Megabit zu kommen.

Andreas Spiegel (MICUS Strategieberatung GmbH): Brauchen wir eine Gigabit-Strategie? Ja, natürlich brauchen wir die. Ich möchte es in Bezug auf das Erscheinen der NGA-Richtlinie mit meinem Vorredner, Herrn Glusa, halten. Was heißt NGA? Grundsätzlich: glasfaserbasierte Netze. Wenn man der ITU folgt, geht es insbesondere darum, dass alle denkbaren Anwendungen, die aktuell vorhanden sind oder in Zukunft noch kommen werden, über diese Infrastruktur abgebildet werden können. Da spricht man nicht mehr von Datenraten, sondern ausschließlich davon, ob diese Anwendung irgendwann auf dem Netz dargestellt werden kann?

Wenn wir jetzt wieder eine Datenrate festlegen – aktuell sind es leider 50 Megabit pro Sekunde –, und diese auf ein Gigabit festlegen, dann sind wir eventuell in einigen Jahren wieder hier, um zu sagen: „Jetzt brauchen wir die 10-Gigabit-Strategie, die 100-Gigabit-Strategie oder die Terabit-Strategie“. Man sollte sich stattdessen darauf konzentrieren, eine Strategie für eine Infrastruktur zu entwickeln, die langfristig und zukunftsfähig ist. Da muss man fairerweise sagen, dass außer der Glasfaser wenig übrig bleibt. Aktuell ist das die Technologie, die die höchsten Bandbreiten liefern kann, die die kürzesten Latenzzeiten liefert und die aus vielerlei Gründen die beste Technologie darstellt.

FTTC, die Basis für den Einsatz von Vectoring, ist zwar auch ein Ausrollen von Glasfaser – zumindest bis zum Kabelverzweiger. Aber das Netz, das dadurch entsteht, ist ein anderes, als wenn man direkt ein Glasfaserendnetz, ein FTTB-Netz, bauen würde, denn die Struktur, die da errichtet wird, ist grundsätzlich anders. Man hat hinterher eine andere Zugangstechnologie, die etwas leistungsärmer ist und die unter anderen Randbedingungen errichtet wurde, nämlich auf Basis des bestehenden Kupfernetzes. Da wäre sicherlich die Errichtung wesentlich effizienterer Netzinfrastrukturen und Netztopologien möglich. Deswegen unser Appell: Ja, wenn öffentliche Gelder in die Hand genommen werden, dann ist FTTB die Lösung, die derzeit und auch auf absehbare Zeit am zukunftsfähigsten ist.

Man muss sagen, dass Vectoring eine wirklich gute Technologie ist. Man kann damit erhebliche Leistungssteigerungen erzielen. Wenn ich als Bürger, dem derzeit 2 oder 6 Mbit zur Verfügung stehen, plötzlich bis zu 100 Mbit versprochen bekomme, ist das natürlich eine erhebliche Verbesserung meiner aktuellen Lage. Man muss auch die Kommunen verstehen, die sagen: „Angesichts unserer finanziellen Lage ist es uns nicht möglich, den Eigenanteil für einen geförderten Breitbandausbau und für einen geförderten FTTB-Ausbau aufzubringen. Deswegen nehmen wir lieber „den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.“ Ja, es gibt Fälle, in denen auch in Zukunft ein FTTB-Ausbau sehr schwierig sein wird. 5 % der Bevölkerung werden auch in den nächsten 10, 15, 20 Jahren nur sehr, sehr schwierig mit Glasfaser bis zum Gebäude zu erschließen sein. Das muss man realistisch einschätzen. Da sind sicherlich andere Technologien dem Glasfaser bis zum Gebäude in Form von FTTB vorzuziehen. Aber wenn man eine Strategie entwickeln will, wohin sich das Land und die digitale Gesellschaft bewegen sollen, dann muss man sich Ziele setzen, die dahin gehen, für alle ein Maximum an zusätzlicher Leistungsfähigkeit zu erreichen.

Eben wurde unsere Strategie, die wir in der NRW-Studie vorgestellt haben, sowie die Bedeutung des Glasfaserausbau für die Gewerbebetriebe schon erwähnt. Da ist

heute schon der Bedarf größer als in den Privathaushalten. Natürlich muss man insbesondere aus Sicht von Nordrhein-Westfalen, wo die Industrie auch einen erheblichen Anteil des Wählerpotenzials stellt, sehen, dass das absolut in den Fokus gehört und man mit der Strategie am Ball bleiben muss. Für Gewerbebetriebe werden in Zukunft die höchsten Bandbreiten erforderlich sein. Da wird man mit anderen Technologien als Glasfaser bis zum Gebäude in absehbarer Zeit in erhebliche Schwierigkeiten kommen.

Zu der Frage, ob Vectoring den Glasfaserausbau verhindert, muss man sagen: Ja, wenn jetzt Vectoring gefördert würde, hätte ich eine Technologie, die dort zunächst für sieben Jahre geschützt liegt. Dann stellt sich die Frage: Ist die nach sieben Jahren immer noch leistungsfähig? Wenn man zu dem Schluss kommt, dass die nach sieben Jahren nicht mehr leistungsfähig ist, aber weiterhin ein vergleichsweise teurer Ausbau ins Haus steht, kommt man eventuell in die Situation, dass man wieder Fördergelder in die Hand nehmen muss, um den nächsten Ausbauschritt zu wagen. Man hat damit im Prinzip sieben Jahre verspielt, in denen man schon deutlich weiter hätte sein können. Das sollte man vermeiden. Wir hinken jetzt schon anderen Ländern hinterher. Die Zeit für Zwischenlösungen mit öffentlichen Mitteln ist vorbei. Stattdessen sollte man zusehen, öffentliche Gelder zielgerichtet einzusetzen.

Um das noch mal klarzustellen: In unserer Studie haben wir nichts gegen FTTC gesagt. Es gibt Fälle, in denen das die absolut sinnvolle Lösung ist, um eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Aber der Einsatz öffentlicher Mittel sollte etwas anders gesehen werden. Da muss die wirklich optimale Lösung gefunden werden. Die sehen wir derzeit in einem vollständigen Glasfaserausbau.

Guido Brebaum (Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Steinfurt mbH): Auch von meiner Seite ein Dankeschön für die Einladung zum heutigen Ausschuss. Auch ich bin wie Herr Dr. Kaack zum wiederholten Male hier. Das letzte Mal habe ich zum Thema „Kohlekonversion“ vorgetragen. Sie sehen, wir Kommunen sind sehr breit aufgestellt und haben eine Reihe von Themen zu bedienen. Wir haben bei uns im Kreis Steinfurt, der im Übrigen zwei Drittel so groß wie Fläche des Saarlandes ist, noch unsere Zeche Anthrazit, die bis 2018 neben Prosper-Haniel in Bottrop noch am Netz sein wird und wo gefördert wird.

Das Thema „Breitband“ treibt uns seit vielen Jahren um. Zur Frage, ob Nordrhein-Westfalen eine Gigabit-Strategie braucht: Ja, natürlich braucht Nordrhein-Westfalen eine Gigabit-Strategie. Wir sind sehr froh, dass Nordrhein-Westfalen eine Reihe von notwendigen Dingen getan hat. Der Kreis Steinfurt gehört, wie viele ländliche Gebiete – das Sauerland und Südwestfalen sind sehr ähnlich strukturiert –, zu den Gebieten in Nordrhein-Westfalen mit der schlechtesten Versorgung. Wir hatten aber auch bei uns im Kreis die 14.000 Einwohner zählende Gemeinde mit der schlechtesten Versorgung bundesweit. 14.000 Menschen unversorgt – unter 2 Mbit! Da konnte keiner an den neuen Diensten teilhaben. Hier haben wir von dem profitiert, was in der letzten Förderphase aufgerufen wurde. Das Umweltministerium hat uns mit GAK-Mitteln und das Wirtschaftsministerium mit RWP-Mitteln unterstützt, sodass wir diese sogenannten

Übergangstechnologien sehr intensiv genutzt haben. Der Übergang ist an der Stelle geschaffen. Die größte Not ist gelindert. Aber jetzt muss es natürlich weitergehen.

Braucht Nordrhein-Westfalen eine Strategie? Nordrhein-Westfalen hat jetzt eine Menge von Dingen auf dem Tisch. Die Studie ist mehrfach genannt worden. Herr Spiegel kommt aus dem Haus, das diese Studie zusammen mit Prof. Breide erstellt hat. Da steht aus unserer Sicht, aus Sicht der Kommunen, viel Richtiges drin.

Ich habe mich sehr intensiv mit dem Landkreistag abgestimmt. Wir halten die strategischen Zielsetzungen für richtig und klar definiert; denn wir brauchen eine Förderung der besten Technologie. Wir wollen keine Second-Best-Technologie fördern. Vectoring ist eine Second-Best-Technologie. Da, wo wir jetzt Geld in die Hand nehmen, müssen wir das fördern, was uns nachhaltig weiterhilft. Wir müssen in den neuen Förderprogrammen Ineffizienzen verhindern. Ich befürchte, dass es nicht unerhebliche Mitnahmeeffekte geben wird – möglicherweise auch von großen Telekommunikationsgesellschaften –, wenn das Thema „Vectoring“ doch in die Förderung reinkommt.

Wir sind sehr froh, dass hier vom Land Nordrhein-Westfalen – jedenfalls ist das mein Kenntnisstand; wir sind sehr intensiv mit dem Wirtschaftsministerium im Gespräch – anerkannt wird, dass das Thema „Glasfaserausbau“ prioritär gelten muss. Nun können Sie bei uns in unseren ländlichen Gebieten nicht überall mit Glasfaser hingehen. Wir haben viele landwirtschaftliche Betriebe, die auch Breitband brauchen. In unseren Kreisen haben wir viele Splittersiedlungen, und es wohnen 20 bis 30 % in den Außenbereichen. Das ist nennenswert, und auch hier müssen wir einen Plan entwickeln.

Wenn ich diesen Hinweis geben darf: Ich glaube, wir sind in Nordrhein-Westfalen mit den Dingen, die angeschoben sind, auf der richtigen Spur: Breitbandconsulting und diese Dinge, die man hier installiert, die Förderprogramme, die aufgelegt werden, und Gewerbegebietsoptimierung ermöglichen über RWP die Kofinanzierung des Bundesprogrammes und vor allem auch – da sage ich gleich noch etwas zu – die 50.000 € für den Kümmerer. Das geht aus unserer Sicht in eine richtige Richtung.

Gleichwohl: Was uns auf allen Ebenen fehlt, ist die systematische Erschließung – vor allem beim Scoring-Modell des Bundesprogramms. Der Landkreistag befürchtet genau wie wir, dass die Förderung aufgrund des Kriterienkataloges an Nordrhein-Westfalen zum Teil vorbeigehen könnte, weil wir selbst im Münsterland und im Sauerland noch dichter besiedelt sind als viele Landstriche in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Wir befürchten, dass Förderung ins Leere läuft. Insofern ist es wichtig, dass von Nordrhein-Westfalen eigenständige und systematische Förderprogramme vorgehalten werden.

Bund und Land haben gleichermaßen zu 50 Mbit für alle aufgerufen. Ich hoffe, dass mit „alle“ auch wirklich alle gemeint sind. Das bedeutet jedoch auch, dass man für die ländlichen Bereiche Konzepte entwickeln muss. Wir haben bei uns mit mehreren Kreisen im Münsterland ein Tool entwickelt, das uns ermöglicht, sämtliche Haushalte systematisch anzuschauen und für sämtliche Haushalte Lösungen zu ermitteln. Das geht natürlich nicht auf der Basis von Glasfasertechnologie für jeden, nicht bis zu jedem Bauernhof. Stattdessen muss man auf Technologien wie Richtfunk setzen.

Zum Thema „Kümmerer“: Wir sind sehr froh, dass ein Signal kommt. Wir haben das schon an verschiedenen Stellen im Wirtschaftsministerium angesprochen. Wir müssen gegenüber unseren Kämmerern um die Budgets in unseren Kommunen kämpfen, wenn wir eine Stelle für Breitband brauchen. Dann stellt sich nämlich die Frage, ob das überhaupt kommunales Thema ist. Ich hab das in meiner Stellungnahme gesagt: Ja, ist es. Das Thema ist zu einem großen Teil faktisch kommunalisiert worden. Dafür brauchen wir Ressourcen. Wenn jetzt erstmalig anerkannt wird, dass es von 2016 bis 2018 Landesmittel in Höhe von 50.000 € für jeden Kreis gibt, damit ein Kümmerer die Dinge koordinieren und bündeln kann, dann ist das ein gutes Signal.

Wir machen das seit Jahren ohne Fördergelder, tragen das als Kommune, als Kreis. Was machen wir da? Wir koordinieren alle 24 Städte und Gemeinden, wir koordinieren sämtliche Förderverfahren, die über GAK und RWP im Umweltministerium oder im Wirtschaftsministerium oder bei den Bezirksregierungen da sind, weil in den kleinen Kommunen mit 8.000, 10.000, 15.000 Einwohnern das Know-how schlichtweg nicht zur Verfügung steht.

Darüber hinaus koordinieren wir viele Maßnahmen. Ich könnte Ihnen eine Vielzahl von Maßnahmen aufzählen, bei denen wir keinen Cent Fördergeld in Anspruch nehmen mussten, weil es durch Kümmern, durch Verhandlungen mit der Telekom und anderen Telekommunikationsgesellschaften, mit der RWE, mit kleinen und großen Anbietern gelungen ist, Lösungen eigenwirtschaftlich hinzubekommen. Das Ziel muss das sein: dass man prioritär ohne Fördergelder gute Maßnahmen hinbekommt. Nur da, wo Fördergelder nötig sind, muss es beantragt werden, damit wir Ineffizienzen und Mitnahmeeffekte verhindern. Dass das berücksichtigt wird, wäre uns sehr wichtig. Dafür brauchen wir die Kümmerer vor Ort, die die Fäden in der Hand halten.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. – Meine Herren, damit haben wir die erste Fragerunde beantwortet. In der nächsten Fragerunde habe ich die Herren Bolte und Bombis, danach die Herren Stein und Hafke und danach den Kollegen Schick. Herr Bolte, Sie sind der Nächste. Bitte schön.

Matthi Bolte (GRÜNE): Ich habe den Eindruck, wir müssen ein bisschen an unserer Frauenquote in dieser Runde arbeiten. Nichtsdestotrotz: Aus grüner Sicht vielen Dank an die Herren Sachverständigen ...

(Zuruf: Das ist dem Glasfaserkabel total egal.)

– Bitte? Och, ja. Ist total egal.

(Zuruf von der CDU)

Nichtsdestotrotz vielen Dank an die Herren Sachverständigen für Ihre Stellungnahmen und für Ihre Ausführungen in der ersten Runde!

Ich hätte einige Nachfragen bzw. Fragen zu den Stellungnahmen. Zunächst haben eine Reihe der Sachverständigen eine Strategie im Hinblick auf den Ausbau von flächendeckender Glasfaser begrüßt. Es ist im Grunde genommen – der Kollege von den Piraten hat sich schon gefreut, dass ihm so viele Recht gegeben haben – natürlich

Common Sense, dass wir Glasfaser bis 2025, 2030 überall brauchen. Von daher ist es keine wirklich revolutionäre Neuigkeit. Die Frage, bei der ich Sie um eine detaillierte Einschätzung bitten würde, lautet: Wie kommen wir da hin? Nehmen wir uns eine weiße Landkarte von Nordrhein-Westfalen und sagen: Da legen wir jetzt Glasfaser hin – so wie der Piratenantrag das will – oder ist es sinnvoller – so wie die Landesregierung das angeht – vor Ort Initiativen, Beratungsmöglichkeiten und Konzeptentwicklung durch beispielsweise Breitbandbeauftragte zu fördern, wie es eben in der ersten Runde auch schon mal beschrieben worden ist. Das ist eine Frage, die sich an alle richtet, die eben auch zur Frage der Glasfaserstrategie Stellung bezogen haben.

Dann habe ich eine konkrete Frage an Herrn Kriegeskotte. Sie haben in Ihrer Stellungnahme das Thema „Kein Überbau bestehender NGA-Infrastrukturen“ angesprochen. Das ist im Grund genommen etwas, was wir unter dem MICUS-Modell der nachhaltigen Netzerneuerung im Zuge der MICUS-Studie mehrfach diskutiert haben. Da gibt es das Problem, dass – jedenfalls nach meiner Kenntnis – das Land für die dafür notwendigen regulatorischen Rahmenbedingungen keine Gesetzgebungskompetenz hat. – Sie nicken, das nehme ich als Bestätigung. – Ansonsten können Sie das gerne noch mal ausführen. Meine Nachfrage, weil das in Ihrer Stellungnahme schon so ein bisschen anklang: Gab es tatsächlich Fälle, wo das Überbauen von vorhandenen NGA-Infrastrukturen öffentlich gefördert wurde? Wenn es solche Fälle gegeben hat, dann würden die mich im Einzelfall sehr interessieren.

Mehrere Sachverständige hatten den Bereich „Landesbauordnung“ in den schriftlichen Stellungnahmen aufgegriffen. Ich hab es gerade in der ersten Runde nicht gehört. Wenn diejenigen das noch einmal aufnehmen könnten, würde mich das sehr freuen.

Eine Frage würde ich gerne noch an Herrn Dr. Kaack stellen. Sie machen ja viel Beratungstätigkeit. Was genau müssten aus Ihrer Sicht die Kommunen binnen der nächsten vier, sechs, acht Wochen – bis wir die Förderrichtlinien des Landes korrespondierend zum Bundesprogramm haben – tun, um sich konkret auf das, was kommt vorzubereiten? – Sie freuen sich über diese Frage? Das freut mich.

Abschließend, damit es nicht zu viel wird, habe ich zwei Fragen an Herrn Dr. Mainz. Sie haben richtigerweise erwähnt, dass Unternehmen höhere Bandbreiten als 50 Mbit brauchen. Ist es vor diesem Hintergrund richtig, dass wir in Nordrhein-Westfalen aus den Erlösen der Digitalen Dividende für Gewerbegebiete insbesondere Glasfaseranschlüsse fördern? Wir haben natürlich eine Differenzierung vorgenommen zwischen den Bedarfen in Gewerbegebieten, wo ich upload- und download-ähnliche Bedarfe habe, im Gegensatz zu Privathaushalten, wo ich in der Regel nicht die gleiche Kapazität für den Upload brauche wie für den Download.

Für die zweite Frage muss ich ein bisschen ins Grundsätzlichere gehen. Sie haben in Ihrer Stellungnahme zwar begrüßt, dass wir 50 Millionen € von der halben Milliarde Euro, die wir für die Breitbandförderung bis 2018 zur Verfügung stellen, konkret für den Glasfaseranschluss von Gewerbegebieten vorsehen. Jetzt haben Sie aber gesagt, dass das eigentlich nicht ausreicht. Wir wissen aus der MICUS-Studie: Es kostet 400, 500 Millionen €, um alle Gewerbegebiete in Nordrhein-Westfalen ans Glasfasernetz anzuschließen. Wenn ich mir vergegenwärtige, dass wir jetzt schon wissen, dass min-

destens 10 % dieser Summe aus öffentlichen Geldern finanziert wird und wir gleichzeitig einen liberalisierten Markt haben, würde mich interessieren, was die Industrie- und Handelskammer unter marktwirtschaftlichen Überlegungen dazu zu sagen hat. Wie viel von diesem Ausbau ist privaten Unternehmen zuzumuten? Welchen Beitrag können die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen eigentlich leisten?

Ralph Bombis (FDP): Auch vonseiten der FDP-Fraktion ganz herzlichen Dank für Ihre Stellungnahmen und Ihre bisherigen Antworten. Ich würde gerne eine kurze Nachfrage zum eben schon angesprochenen Thema „Vectoring“ stellen. Sie hatten deutlich gemacht, dass das auf technischer Ebene möglicherweise eine ganz spannende Sache sein kann und dass das, nach meinem Verständnis, im ländlichen Raum, wo nur alte Kupferkabel liegen, auch einiges an Potenzial bietet. Wenn ich es aber richtig verstanden habe – da bitte ich Sie, mich entweder zu bestätigen oder zu korrigieren –, ist es ja gerade das nicht, worauf sich die diskutierte Lösung richtet. Da würde ich gerne zur Beantwortung Herrn Dr. Kaack, Herrn Knapp und Herrn Heer noch einmal eine Antwort bitten. Ich zweifle nicht daran, dass auch andere dazu kompetent Stellung nehmen könnten, aber ich will es etwas eingrenzen.

Wir befassen uns im Rahmen der Anhörung jenseits der rein technischen Umsetzung auch mit allgemeineren Fragen der Digitalisierung und der strukturellen Situation in Nordrhein-Westfalen auch in anderen Bereichen. Daher würde ich die nächsten Fragen gerne an Herrn Kriegeskotte und Herrn Dr. Grün richten, da Sie die mittelständische Wirtschaft in einem Segment vertreten, in dem das Thema „Digitalisierung“ vermutlich bei den Wenigsten Neuland sein dürfte: Können Sie die Struktur Ihrer Mitglieder nach Schwerpunktregionen skizzieren? Sehen Sie insbesondere bezogen auf NRW, wo sich die Märkte dieser Unternehmen befinden? Vielleicht können Sie auch einen Satz dazu sagen, wie sich aus Ihrer Sicht die Fachkräftesituation, die Ausbildungssituation in den Unternehmen darstellt.

Etwas weiter gefasst richtet sich die Frage auch an die IHK und die Unternehmerverbände. Es würde mich interessieren, wie das in Ihrer Mitgliedschaft aussieht. In der Vergangenheit habe ich häufig gehört, dass bei dem Thema „Digitalisierung/Breitband“ entweder kaum Rückmeldungen vorlagen oder es einige Unternehmen gab, die das noch nicht auf dem Schirm hatten. Hat sich das inzwischen stärker durchgesetzt? Es ist gerade im Verlauf des letzten Jahres sehr stark im Fokus. Sehen Sie aus Ihrer Sicht noch Bedarfe, wo man das noch zusätzlich stärken müsste?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Ich würde gerne noch den Kollegen Stein mit in diese Fragerunde einbeziehen, damit wir alle Fraktionen einmal durch haben. Da die Antworten wieder von allen kommen, weiß ich mit Blick auf die Uhr dann, wie lange die nächste Antwortrunde dauert. – Herr Kollege Stein, bitte schön.

Robert Stein (CDU): Vielen Dank an die Experten für die bisherigen Ausführungen. Wir haben heute mehrmals seitens der Experten gehört, dass wir eine Gigabit-Strategie brauchen. Jetzt ist es so, dass MICUS vorrechnet, dass der flächendeckende Anschluss aller Haushalte mit Glasfaser mindestens 3,2 Millionen € kosten wird. Dabei

setzt MICUS drei Dinge voraus: Erstens wird dabei auf den Überbau bestehender NGA-Netze, zum Beispiel Kabel-TV, verzichtet. Zweitens werden nur Ortslagen dabei ausgebaut. Das bedeutet wiederum, dass mindestens 5 % der Haushalte – das sind etwa 410.000 Haushalte – ohne Anschluss an die schnelle Datenautobahn bleiben. Laut MICUS würde der Anschluss der verbleibenden 410.000 Haushalte noch einmal rund 2,4 Milliarden € kosten. Für alle, die es interessiert, ist das auf Seite 67 der Studie nachzulesen. Drittens werden alle Kostensenkungspotenziale, zum Beispiel eine Mindertiefeverlegung, die Mitnutzung bestehender Infrastrukturen usw. usf., dabei vollständig ausgenutzt. Das sind die Voraussetzungen. Ich fasse das so auf, dass von einem deutlich teureren Ausbau auszugehen ist.

Den schriftlichen Stellungnahmen ist überwiegend das Bekenntnis zu entnehmen, dass der Ausbau marktwirtschaftlich erfolgen muss und nur dort gefördert werden darf, wo der Markt versagt. Diese Position teilen wir ausdrücklich. Umso wichtiger wäre eine Einordnung, über welche Größenordnung wir in diesem Zusammenhang beim Förderbedarf sprechen. Meine konkrete Fragen an den Bundesverband Glasfaseranschluss, den Bundesverband Breitbandkommunikation, Bitkom, die Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen, STZ-Consulting und MICUS: Wie hoch schätzen Sie diesen Förderbedarf ein? Wie viel Prozent der Gesamtinvestition der rund 3,2 Milliarden €, die in der Studie erwähnt worden sind, müssen durch Fördermittel erbracht werden? Was machen wir mit den berühmten letzten 5 % der Haushalte, deren Anschluss laut MICUS noch einmal 2,4 Milliarden € kosten würden? Sagen wir denen jetzt: „Ihr habt Pech gehabt, ihr bleibt im digitalen Nirwana“? Wie viel Fördermitteln müssten wir als Land aufbringen, um auch diese Haushalte anschließen?

MICUS hat uns zudem vorgerechnet, dass der Anschluss aller Gewerbegebiete an das schnelle Netz noch einmal rund eine halbe Milliarde Euro kosten wird. Wie wichtig ist eine zügige und flächendeckende Anbindung an alle Gewerbegebiete an das schnelle Netz? Diese Frage richtet sich speziell an Unternehmer NRW und IHK NRW zusätzlich zu den bereits genannten Adressaten. Wie groß schätzen Sie hier den konkreten Förderbedarf ein?

Abschließend noch eine Frage an MICUS, IHK NRW und Unternehmer NRW sowie die Wirtschaftsförderung Steinfurt: Wie viele Gewerbegebiete haben bislang kein schnelles Netz? In den Zeitungen war zuletzt immer von etwa 90 % ohne Zugang zu breitbandigem Internet zu lesen. Ich habe selbst aus meiner Heimat, der Region Hamm, viele Stimmen gehört, die sagen: In unserem Gewerbegebiet haben wir gerade mal 1 Mbit pro Sekunde. – Dazu bitte auch noch eine Antwort.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Jetzt geht es in die Antwortrunde. Herr Heer, Sie beginnen. Versuchen Sie trotz der vielen Fragen es kurz zu machen. Der erste Frage- und Antwortdurchgang hat eine Stunde gedauert. – Herr Heer, bitte schön.

Wolfgang Heer (Bundesverband Glasfaseranschluss): Ich hatte gerade noch versucht, mir eine Zahl zu googeln, um auch auf die letzte Frage noch antworten zu können. Das machen wir jetzt gleich on the fly.

Ich muss einmal ganz kurz auf die erste Fragerunde zurückkommen. Da ist angemerkt worden, dass es scheinbar einen Widerspruch zwischen Gigabit-Strategie und Vectoring-Einsatz geben könnte und wir das vor dem Hintergrund ablehnen. Das ist nicht der Fall. Uns geht es an der Stelle darum, nicht etwas Gutes zu machen und damit etwas Besseres zu verhindern. Das ist unser Ansatzpunkt bei der ganzen Geschichte.

Der Kollege von den Grünen hat treffend gesagt: Wir sind alle einverstanden, dass wir eine Gigabit-Strategie brauchen. Da bin ich mir ehrlich gesagt nicht ganz sicher, ob wir das tatsächlich alle leben. Dass wir hohe und symmetrische Bandbreiten bereits in der Mitte der nächsten Dekade brauchen werden, ist unstrittig. Aber wir tun relativ wenig bis gar nichts dafür, dass der Ausbau dorthin unterstützt wird. Ich glaube, dass die eine oder andere Maßnahme, die dem Ganzen an der Stelle förderlich sein könnte, auch durch die Politik gelebt sein sollte.

Gestatten Sie mir kurz den Hinweis: Wir haben mit einigen der Verbände, die hier auch vertreten sind, im September in Berlin ein Gigabit-Symposium veranstaltet. Wir hatten den verkehrspolitischen Sprecher einer großen Bundestagsfraktion da, der explizit sagte, er denke nur bis 2017 und mache sich danach vielleicht neue Gedanken. Das ist aber nicht der Punkt. Sie als Politiker haben natürlich eine skurrile Situation; das ist uns auch klar. Auf der einen Seite kommen Ihre Wähler aus Ihren Wahlkreisen und sagen: Hier, tu mal was – im Sinne von Daseinsvorsorge –, wir hätten gerne schnelles Internet! – Sie sollen das erfüllen und auf der anderen Seite gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass Sie das gleiche Problem in grün in der nächsten Dekade nicht wieder haben. Sie müssen auch für sich und für Ihre nachfolgenden Politikergenerationen vermeiden, dass wir hier in 10 Jahren sitzen und dann alle schreien: Wir brauchen jetzt 500 Megabit! Bitte tut doch mal irgendwas!

Das führt uns zu der Schlussfolgerung, dass am Ende des Tages im Sinne einer Gigabit-Strategie die Glasfaser als einzige zukunftsfähige Anschlusstechnologie, soweit es geht, zum Verbraucher muss. Da stimme ich auch meinen Nachrednern von vorhin zu: Auf welchem Wege und mit welchen Zwischenschritten das passiert – da ist sicherlich alles sinnvoll, was jetzt Leuten hilft, nicht mehr von einer digitalen Teilhabe ausgeschlossen zu sein. Die Frage ist die, ob man jetzt Dinge tut, die die kurzfristige Versorgung verbessern, und damit gegebenenfalls verhindert, dass das langfristig Richtige getan wird. Das sollten wir nicht machen.

Dass wir für die nächsten drei Jahre ausschließlich auf Vectoring setzen, ist im Moment der Hauptkritikpunkt an dem, was wir in Deutschland vorfinden. Die Monopolkommission hat vorgestern ein bemerkenswertes Gutachten zum Stand des Wettbewerbs auf den Telekommunikationsmärkten vorgelegt, in der sie sagt: So wie wir im Moment mit dem Entwurf der Regulierungsentscheidung dastehen, zementieren wir alte Marktstrukturen und verhindern den Wettbewerb, den wir brauchen. Siehe auch den US-Breitbandreport aus dem Januar von Barack Obama, die zu dem Schluss gekommen sind, dass ohne Wettbewerb in den USA nichts los ist. Schlechte Versorgung zu hohen Preisen. Wir laufen in solche Marktstrukturen rein und nicht in die, in denen viele Kleine den Großen, der ein bisschen schwerfälliger ist und kurzfristiger denken muss, weil er an der Börse notiert ist, vor sich hertreiben.

Wir sitzen hier nicht als Vertreter der Verbände – ich glaube, das spreche ich durchaus auch für die Kollegen – und schreien nur nach öffentlicher Förderung. Ganz im Gegenteil ist es aus unserer Warte – zumindest für den Bundesverband Glasfaseranschluss – so: Der Breitband und insbesondere der Glasfaserausbau muss, wo immer möglich, durch Unternehmen finanziert werden. Egal, aus welcher Ecke sie kommen, ob sie einen kommunalen oder privaten Hintergrund haben. Erst da, wo es nicht geht, brauchen wir eine Förderung.

Wie hoch ist denn der Förderbedarf für NRW? Herrn Steins Frage war das, glaube ich. Ich mache jetzt schnell eine Rechnung, ohne die MICUS-Zahlen genau vor mir zu haben. Ich unterstelle, dass Nordrhein-Westfalen 17 Millionen Einwohner hat. Das dürften in etwa 11 Millionen Haushalt sein, ist das richtig? Pi mal Daumen?

(Zurufe)

– Zwölf? Wie viele Haushalte? Herr Kaack, Sie wissen es bestimmt.

(Zuruf von der CDU: Acht Millionen!)

– Acht Millionen Haushalte haben wir in Nordrhein-Westfalen? Gut. Wenn ich davon ausgehe, dass im Moment 70 % mit 50 Megabit versorgt sind, könnte ich die in der größten Not erst mal rauslassen. Verbleiben also 30 % von acht Millionen. Das sind 2,4 Millionen. Ich unterstelle, dass die – bei allen Anstrengungen im ländlichen Raum – eher in dünner besiedelten Gebieten liegen, wo die Erschließung eines Haushalts mit Glasfaser pro Haushalt ungefähr 2.500 € kostet. Dann komm ich kurzfristig auf einen Förderbedarf – dann aber direkt mit der besten Anschlusstechnologie – von 2.500 € mal 2,4 Millionen. Das müssten nach Adam Riese 6 Milliarden € sein. Das ist der Förderbedarf. Damit würden wir die, die im Moment keine 50 Megabits haben, dauerhaft direkt mit Glasfaser bis ins Gebäude versorgen.

Ich hoffe, dass noch eine Fragerunde kommt. Ich hätte immer noch meine sechs Bausteine für eine Gigabit-Strategie. Aber, Herr Fortmeier, ...

(Vorsitzender Georg Fortmeier: Wir gucken mal.)

Machen Sie gleich noch mal eine Fragerunde! Ich übergebe jetzt erst mal an den nächsten Redner.

Sven Knapp (Bundesverband Breitbandkommunikation): Ich versuche, die Fragen chronologisch zu beantworten und fange mit den Fragen von Herrn Bolte bezüglich „Wie kann man in der Praxis erreichen, dass ein Glasfaserausbau realisiert werden kann?“ und „Wie kann das Ganze erleichtert werden?“ an. Den Breitbandbeauftragten haben Sie selbst angesprochen. Natürlich ist es wichtig, dass in den einzelnen Kommunen Know-how da ist. Das ist aus meiner Sicht ein wichtiger Schritt, aber nicht der entscheidende Schritt. Entscheidend ist, wie man die Kosten des Breitbandausbaus verringern kann. Das Problem beim Glasfaserausbau hin zu den Häusern ist, dass eine längere Wegstrecke benötigt wird, als wenn man nur zum Kabelverzweiger baut. Die Tiefbaukosten, die 80 % des Ausbaus ausmachen, sind da ein ganz erheblicher limitierender Faktor. Bei dem Punkt muss man ansetzen.

Das BMVI hat einen Gesetzentwurf, das DigiNetz-Gesetz, vorgelegt, in dem es darum geht, wie man die Ausbaurkosten senken kann und wie man Synergien nutzen kann. Vom Grundsatz her ist das alles zu begrüßen. Das Problem, das wir als Verband mit dem Gesetzentwurf haben, ist, dass er auch den Überbau in bereits mit NGA versorgten Gebieten fördern würde. Deswegen plädieren wir dafür, dass ein Anspruch zur Mitnutzung physischer Infrastruktur nur dort gewährt werden sollte, wo heute weiße Flecken sind und noch keine Breitbandversorgung. Das würde aus unserer Sicht auch zum Glasfaserausbau in der Fläche entscheidend beitragen.

Wichtig ist außerdem, dass das Ganze vorwiegend wettbewerblich erfolgt. Das habe ich in meinem Eingangsstatement schon ausgeführt. Die Investitionen der Wettbewerber machen mehr als die Hälfte der Gesamtinvestitionen im Telekommunikationsmarkt aus. Wenn wir das Ganze einem einzelnen marktbeherrschenden Unternehmen überlassen, werden wir auch in den nächsten zehn bis 15 Jahren keinen Glasfaserausbau bis in die Gebäude in Deutschland bekommen.

Weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Förderprogramme so ausgestaltet werden, dass keine Brückentechnologien wie Vectoring gefördert werden, sondern dass die Zuwendungsempfänger ihre Gebiete so zuschneiden, dass im Endeffekt auch ein FTTB/H-Ausbau realisiert werden kann und letztlich kein FTTC- oder Vectoring-Ausbau die einzig mögliche Variante im geförderten Bereich ist.

Ich möchte direkt anschließen mit der Antwort an Herrn Bombis, der die Frage gestellt hat: Was bringt Vectoring im ländlichen Raum? – Das Problem bei der Vectoring-Technologie ist, dass der Vectoring-Effekt nur bis zu einer bestimmten Leitungslänge vom Kabelverzweiger bis zum Haushalt spürbar ist. Ab 500 m nimmt der Effekt schon drastisch ab und ab 800 m ist der Effekt nicht mehr spürbar. Sprich: Im ländlichen Raum, wo sehr oft sehr lange Leitungslängen vorhanden sind, ist Vectoring keine Technologie, die zu einer flächendeckenden Versorgung mit 50 Mbit beitragen kann. Das sehen wir auch in dem Entscheidungsentwurf der Bundesnetzagentur. Nur eine sehr geringe Anzahl von Haushalten, die überhaupt von dem Antrag der Telekom, Vectoring exklusiv in den Nahbereichen machen zu dürfen, profitieren würden, ist dabei dem ländlichen Raum zuzurechnen.

Dann möchte ich die Fragen von Herrn Stein beantworten. Zum Förderbedarf verweise ich auf meinen Vorredner, der das, glaube ich, ganz gut dargestellt hat. Genauer kann ich das auch nicht darstellen.

Seine zweite Frage war, was mit den letzten 5 % der Haushalte ist. Es wurde vorhin schon angesprochen, dass am Ende 5 % der Haushalte übrig bleiben, die auch nicht mit Fördermitteln mit Bandbreiten von 50 Mbit wirtschaftlich versorgt werden können. Wie können wir da zumindest eine Grundversorgung sicherstellen, die zwar keine Glasfaser bis ins Haus, aber trotzdem Bandbreiten ermöglicht, die eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zulassen? Aus meiner Sicht ist Richtfunk da eine gute Technologie. Die ist kostengünstig, schnell realisierbar und kann auch Bandbreiten von bis zu 50 Mbit liefern. Im Übrigen ist in diesen Gebieten sicherlich auch eine Nutzung von Mobilfunk oder ein Mobilfunkausbau eine sinnvolle Lösung.

Abschließend zur Frage „Anbindung von Gewerbegebieten – ist das sinnvoll oder nicht so wichtig?“. Aus unserer Sicht ist das besonders wichtig, weil Breitband mittlerweile der Standortfaktor Nummer eins ist – noch vor Autobahnanbindung oder Gewerbesteuer. Von daher brauchen wir dringend einen Glasfaseranschluss in den Gewerbegebieten. Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass heute noch Gewerbegebiete, die bisher gar nicht erschlossen waren, aktuell mit Vectoring erschlossen werden. In Gewerbegebieten muss zwingend FTTB/H verwendet werden.

Dr. Matthias Mainz (IHK NRW): Bevor ich auf die Fragen von Herrn Bolte eingehe, möchte ich mit etwas beginnen, was gerade noch nicht angesprochen worden ist, nämlich dem Verweis auf die Landesbauordnung bzw. auf die planerischen Dinge, die wir heute Morgen schon diskutiert haben. Herr Bayer hat heute Morgen die Frage zum Landesplanungsgesetz bzw. zum LEP gestellt. Beim Mittagessen hat es meine Planungskollegen gefuchst und wir haben uns gefragt, wie wir das konkret einbinden können. Da haben wir gesagt, dass es vielleicht ganz hilfreich wäre, wenn wir im Landesentwicklungsplan doch noch mal über einen Grundsatzbreitband nachdenken könnten; wir haben heute Morgen trefflich über die deklaratorische Wirkung von Grundsätzen diskutiert. Der würde eine Möglichkeit bieten, den Breitbandausbau auch in die planerischen Prozesse einzubinden. Das als Anknüpfungspunkt zu heute Morgen, denn Sie hatten die Landesbauordnung erwähnt.

In unserer Stellungnahme zur Landesbauordnung, die Sie bekommen haben müssten – ansonsten gebe ich sie Ihnen gerne noch mal –, haben wir einen ganz ähnlichen Ansatzpunkt gewählt. Wir sehen bei der Landesbauordnung keinen direkten Regelungsbedarf, haben aber immer wieder die Verknüpfung von Planung und Bauordnung. Wir könnten uns zumindest in der Kommentierung vorstellen, dass dieser Übergang in der baurechtlichen Umsetzung so einfach wie möglich ist – einmal unfachtechnisch gesprochen. Es sollte mit verschiedenen baurechtlich Betroffenen diskutiert werden, dass das Kabel, das vor der Tür liegt, auch ins Haus reinkommt. Diese Verknüpfung sollte in der Landesbauordnung sichergestellt werden. Das könnte ein Gedanke sein, den man in die Diskussion mit einspielen kann, wenn er auch nicht der Vordringlichste ist. Ich glaube aber, dass das hier ganz hilfreich sein könnte, um Schnittstellen, die auf den letzten zehn Zentimetern entstehen könnten, so klein wie möglich zu halten.

Nun zu der hier im Zentrum stehenden Frage der Nutzung unter der Vordringlichkeit von Anschlüssen in Gewerbegebieten bzw. zu Ihrer Frage bezüglich der Höhe der Förderung. Hier möchte ich ein bisschen anekdotisch werden und auf unsere letzte Ausarbeitung verweisen, die wir Ihnen auch zur Verfügung gestellt haben müssten. Wir haben bei 16 Unternehmen geschaut – es vernebelt den Blick, wenn man immer nur auf die Industrie schaut –, wie die sich auf die digitale Transformation einstellen, was sie machen und wie das geht? Häufig wird so diskutiert, dass gesagt wird: Wir haben ein neues Geschäftsmodell und brauchen auf einmal eine Bandbreite von 100, 200 Mbit – wie viel auch immer. – Es ist in vielen Unternehmen jedoch ein evolutiver Prozess: Man nimmt sich einen Prozess vor und stellt ihn auf eine digitale Nutzung um. Man nimmt einen zweiten in die Hand. Man ersetzt eine Maschine, einen Prozess und kommt so zu neuen Nutzungsmodellen. Oder man muss sich auf eine Marktkonzeption einstellen und von jetzt auf gleich umstellen.

Was heißt das aber für die Breitbandnutzung, und warum glauben wir, hier eine Vordringlichkeit bei den Unternehmensanschlüssen zu sehen? Hier gilt, was wir im Lehrbuch VWL 1 gelernt haben: Ein Angebot schafft eine Nachfrage. Die Unternehmen können nicht erst ihren Prozess umstellen und dann ein breites Band haben, sondern sie müssen das breite Band und die entsprechende Anbindung haben, um ihren Prozess umstellen zu können. Wenn man die Infrastruktur hat, kann man sie auch nutzen und sie in den Prozessen einsetzen. In den ländlichen und in den nicht angeschlossenen Räumen erleben wir, dass die Unternehmen auf uns zukommen, weil, wie mein Vorredner das gesagt hat, in unseren Standortumfragen der Breitbandfaktor derzeit durchgängig auf dem ersten Platz als die Technologie liegt, die im Moment den Engpassfaktor darstellt. Erst gestern, glaube ich, hat die IHK Lippe zu Detmold noch mal eine Standortumfrage veröffentlicht. Die Unternehmen in diesen Räumen ziehen Konsequenzen. Solange sie es können, warten sie nicht darauf, dass das breite Band kommt. Es geht nicht darum, ein Drohpotenzial aufzubauen, sondern darum, noch einmal klarzustellen, warum wir hier ein Wachstumspotenzial verschenken und warum wir das Richtige tun, wenn wir Gewerbegebiete prioritär in den Blick nehmen.

Die daran anschließende Frage, wie viel Förderung genug bzw. richtig ist, sehe ich unter einem marktwirtschaftlichen Aspekt. Natürlich ist die Förderung nur dort sinnvoll, wo der Markt nicht selber tätig wird. Genau um einen marktgängigen Ausbau hinzubekommen und so wenig Förderung wie nötig in die Hand nehmen zu müssen – das habe ich in meiner ersten Antwort versucht anzudeuten –, brauchen wir die Kenntnis darüber, wo welche Technik liegt, wo wir mit welchen Leuten, mit welcher Kombination, mit welchem Engagement rechnen können – häufig ist es der Bürgermeister, der Landrat, der Kommunalverantwortliche, der das Thema in die Hand nimmt, der die Informationen zusammenträgt und transparent machen kann – und wo sich ein auch marktgetriebener Ausbau lohnt. Welche Informationen, welche Transparenz brauchen wir, um die weißen Flecken zu identifizieren und sagen zu können: An dieser Stelle ist Förderung notwendig.

Deswegen würde ich gar nicht versuchen wollen, eine Gesamtsumme auszurechnen. Ich würde immer davon ausgehen, dass alle Mittel, die mir zur Verfügung stehen, sowieso nicht genug sind. Deswegen sollten wir die Informationen und die Möglichkeiten so weit ausreizen, dass wir es auf jeden Fall marktgetrieben hinbekommen. Das muss der erste Schritt sein.

Der zweite Schritt muss dann sein, zu gucken, wo wir die weißen Flecken haben und wo wir in die Förderung reinkommen, damit wir kein Windhundrennen um die Fördermittel auslösen. Nichtsdestotrotz ist – das gebe ich nicht nur gerne zu, sondern bestätige das auch – der Knochen, der jetzt in der Luft hängt, eine wichtige Motivation, um sich auch im ländlichen Raum mal hinzusetzen und zu fragen, wie wir es haben wollen. Ich glaube, dass die Aufmerksamkeit jetzt da ist. Nun müssen wir in den Gebieten noch dazu kommen, diese weißen Flecken zu identifizieren. Dann bekommt man den berühmten Breitbandbeauftragten – oder wer auch immer das in den Kommunen oder in den Landkreisen in die Hand nimmt – dazu, diese Planungen in die Hand zu nehmen, damit sie dann weiterkommen.

Das beantwortet schon ein bisschen die Frage von Herrn Stein, wo und wie viele Gewerbegebiete es gibt. Wenn ich meine Kollegen frage – wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten sehr häufig und sehr regelmäßig dazu ausgetauscht –, sagen die: Das, was wir an Information haben, ist – sofern da keine kommunale Ausbauplanung vorliegt – das, was der Breitbandatlas als Gewerbegebiete ausweist. Aber an der Stelle weiß ich, dass das nicht stimmt. Und auch an der Stelle weiß ich, dass das nicht stimmt. Mit dem Unternehmen habe ich geredet, das hat überhaupt keine Ahnung, was für einen Breitbandanschluss und welche Bandbreite es hat.

Letztlich gilt dann wieder die alte Weisheit: Vor Ort ist das, was zählt. – Ich glaube, hier lässt es sich schön verdeutlichen, dass wir wissen müssen, was im Boden liegt und bis wohin es liegt, bevor wir die Unternehmen vor Ort dazu bekommen können, in eine Ausbauplanung eingebunden zu sein. Dann nehmen die das auch in die Hand. Wenn sie aber nicht wissen, was dort liegt, an wen sie sich wenden müssen und bis wohin es geht, kann das nicht von der unternehmerischen Nachfrageseite erfolgen. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Schritt.

Zum Schluss möchte ich kurz – ich glaube, das wäre ein Koreferat; vielleicht haben wir für Herrn Heer noch eine zweite Fragerunde – unter beiden Sichtweisen auf Herrn Bombis eingehen. Also sowohl auf die Frage der Fachkräftesituation, die Sie angesprochen haben, als auch auf die Frage, wie wir die KMUs in ihrer Tätigkeit unterstützen können? Bei einer Digitalisierungsstrategie wirft das viel mehr Fragen auf, als wir es zunächst bei dieser beschlossenen Breitbandstrategie haben.

Vorweg ein Beispiel mit einem Unternehmen, das wir zuletzt sehr intensiv im Rahmen einer unserer Veranstaltungen vorgestellt haben. Das hat seinen Weg in die Digitalisierung geschildert und deutlich gemacht, wie schwierig und wie essenziell die Fachkräftefrage und die Mitnahme der Mitarbeiter ist. Es ist kein Industrieunternehmen, sondern ein Unternehmen aus dem Verlagswesen, das seine Produkte – Sie waren auch anwesend – komplett von Papier auf digitale Produkte umgestellt hat. Es hat verdeutlicht, wie schwer es ist und welchen Anlauf es bedeutet, seine 150 Mitarbeiter, die vorher 50 Jahre – sage ich mal – ein großes Buch gedruckt haben, bei der Herstellung eines digitalen Atlas mitzunehmen. Das geht nicht von jetzt auf gleich und diese Transformation funktioniert nicht ohne Weiteres, sondern es ist für die Unternehmen – gerade, wenn es kleinere, traditionelle sind, die vielleicht auch in Familienhand oder in gewissen Geschäftsbeziehungen sind – ein Riesenaufwand und eine Riesenherausforderung, ihre Mitarbeiter mitzunehmen. Dabei können wir sie sicherlich unterstützen – zunächst einmal durch eine verantwortungsvolle Kommunikation, aber letztlich auch durch konkrete Maßnahmen aus der Weiterbildung. Da sehen wir uns als IHK in der Pflicht und sind da, denke ich, nicht nur gefordert, sondern uns bewusst, die Unternehmen in diesem Übergang zu unterstützen, damit sie ihre Mitarbeiter nicht verlieren und in die digitale Zeit mitnehmen können sowie die Fachkräfte in der Aus- und Weiterbildung auf diese Herausforderungen einzustellen.

Trotzdem würde ich hier einmal an die Geschichten anknüpfen, die man in den Unternehmen hört. „Geschichten“ ist hier keineswegs despektierlich, sondern im Sinne von „Erfahrungsberichten“ zu verstehen. Es kommt darauf an, wie sich gerade die kleinen und mittleren Unternehmen dieser Herausforderung stellen können. Wenn wir das

Fass noch weiter öffnen – ich habe Fachkräfte angesprochen, wir haben die Themen „Sicherheit“ und „Infrastruktur in den Unternehmen“ sowie so etwas wie eine Einbindung in Wertschöpfungsketten noch nicht benannt –, ist es für kleinere und mittlere Unternehmen immer eine große Herausforderung, das alles gleichzeitig zu machen, weil es letztlich immer Chefsache ist. Man kann das nicht auf viele Schultern delegieren, sondern muss diesen Wandel – im eigenen Kopf wie auch bei den Mitarbeitern – selbst dirigieren und begleiten. Ich glaube, das ist eine Riesenherausforderung.

Wir haben den Industriestandort Südwestfalen angesprochen. Das haben wir aber auch in allen anderen Branchen: im Handel, in der Gesundheitswirtschaft, in allen Dienstleistungsbereichen. Letztlich ist die Frage, wie wir so viele unsere Unternehmen wie möglich auf diesem Wandel begleiten und mitnehmen können, damit sie die nächsten Schritte gehen können und wissen, in welche Richtung sie gehen können. Ich glaube, da gibt es derzeit ganz gute Ansatzpunkte. Dennoch sehe ich da eine Riesenherausforderung, die auf uns zukommt.

Dr. Oliver Grün (BITMi e. V.): Ich möchte zunächst auf die Breitbandthemen von Herrn Bolte antworten. Bisher waren sich, glaube ich, alle Abgeordneten und Sachverständigen einig, dass ein Breitbandausbau nur da staatlich gefördert werden sollte, wo es privatwirtschaftlich nicht klappt. Dem stimme ich absolut zu. Die Frage ist jedoch, was in den letzten Jahren nicht geklappt hat. Wenn man die letzten Jahre anschaut, hat der Breitbandausbau – wie wir in der ersten Runde, festgestellt haben – auch Schwächen. Insofern muss man vielleicht darüber nachdenken – das wäre ein Impuls von uns –, wie man die Feststellung, ob es privatwirtschaftlich funktioniert oder nicht, etwas entbürokratisieren kann? Ein möglicher Ansatz wäre zum Beispiel, die ganze Förderung nicht bedarfsorientiert, sondern zielorientiert aufzusetzen. Da könnte die bayrische Breitbandrichtlinie eine Referenz sein, die es seit 2012 gibt. Bei der muss eine Breitbandförderung zielorientiert erfolgen und müssen nicht erst Untersuchungen angestellt werden, um Bedarfe zu ermitteln und nachzuweisen, um in die Förderungsmöglichkeit zu kommen.

Grundsätzlich unterstützen wir eher Vor-Ort-Initiativen als andere. Das war auch eine Frage.

Zum zweiten hatte Herr Bombis eine Frage. Der Bundesverband IT Mittelstand, den ich hier vertrete, vertritt die anbietende Mittelstandsseite, also sozusagen inhabergeführte IT-Mittelständler, die selber Lösungen zur Digitalisierung anbieten. Wir nennen uns auch ganz gerne „Enabler“. Die anwendende Industrie ist eher der User der digitalen Produkte. So viel zur Unternehmensevolution: Wir reden alle sehr viel über Start-ups. Die sind sehr wichtig. Auch die Gründungskultur ist außerordentlich wichtig. Wenn ein Start-up-Unternehmen fünf Jahre überlebt und Lösungen hat, die am Markt angenommen werden, wird es zum digitalen Mittelstand. Das ist natürlich, wie Sie, Herr Bombis, richtig sagen, kein digitales Neuland, weil man ja in dem Bereich arbeitet.

Zu den Schwerpunkten in NRW kann ich von unseren Mitgliedern aus unserer Wahrnehmung berichten. Es gibt sicherlich Schwerpunkte, was die digitale Enabler-Seite betrifft, wo man zum Beispiel Hubs oder Ähnliches bilden könnte, um die digitale Schlagfertigkeit von NRW zu stärken. Da muss man sicherlich die Ballungszentren

Köln, Düsseldorf, vielleicht auch Dortmund nennen. Es gibt aber auch verschiedene Regionen, die sich, was ich für sehr sinnvoll halte, spezialisiert haben. Zum Beispiel fällt da immer wieder Ostwestfalen-Lippe auf, wo sich eine sehr starke mittelständische digitale Anwenderindustrie, eine digitale Enabler-Industrie rund um das Thema Industrie 4.0 entwickelt, aber auch ein Bereich wie Aachen mit einer starken Hochschullandschaft. In der Städteregion Aachen sind zum Beispiel 75 % mehr digitale Arbeitsplätze als im Durchschnitt von NRW. Es gibt schon verschiedene Schwerpunkte.

Es ist durchaus sinnvoll und eine Idee des IT-Gipfels der Bundesregierung, solche Orte in Deutschland und auch in NRW zu schaffen, wo sich die Avantgarde der Digitalisierung sammelt, um schlagkräftig zu werden. Das würden wir für NRW durchaus unterstützen.

Grundsätzlich sind die Märkte, die bedient werden, B2B-Märkte. Das B2C-Thema ist ohnehin bei der Digitalisierung ein bisschen an uns vorbeigelaufen, das wissen wir alle. Soziale Netzwerke und Suchmaschinen wollen wir vielleicht jetzt nicht mehr gründen. Im B2B-Bereich gibt es viel. Das Problem an den Märkten ist allerdings, dass sie sehr national sind, weil es sehr hohe Hürden gibt, zu internationalisieren – auch in Europa und in NRW als Land mit Grenzen. Da sehen wir sehr viele Hürden, die man beseitigen könnte.

Eine Frage war nach der Fachkräftesituation. Nach bundesweiten Zahlen sind etwa 50.000 IT-Stellen offen. Davon sind ungefähr 20.000 wirklich von IT-Unternehmen, weil man auch sehen muss, dass immer mehr IT-Stellen auch in Nicht-IT-Unternehmen angeboten werden. Wenn ich das nach einer normalen Milchmädchenrechnung – mehr kann ich jetzt auch nicht tun – auf NRW umrechne, dann sind das für NRW etwa 10.000 offene IT-Stellen. Man muss aus Sicht des IT-Mittelstandes sagen, dass das nicht mehr nur ein akademisches Thema ist, sondern wirklich die Fachkräfte fehlen und dadurch auch signifikant Umsatz verloren geht. Wir brauchen dringend diese Fachkräfte. Natürlich werden die Stellen alle irgendwann besetzt. So läuft das in der Praxis, ich bin ja selber auch IT-Unternehmer. Aber sie werden verzögert besetzt. Insofern ist die Fachkräftesituation sehr angespannt.

Bei der Ausbildung ist es so, dass diese der IT-Mittelstand, wenn ich mal die Berufsausbildung, den berühmten Fachinformatiker – die nichtakademische Ausbildung für IT-Fachkräfte – nehme, zu 85 % leistet. Eine Barrierefreiheit in Richtung eines akademischen Abschlusses wäre da sehr wichtig, also berufsbegleitendes Studium und vieles mehr. Das sind alles Dinge, die der digitale bzw. der IT-Mittelstand braucht. Sie dürfen nicht vergessen, dass am Ende der IT-Mittelstand 60 % aller Arbeitsplätze der IT-Branche stellt. Insofern ist das schon signifikant und man sollte da entsprechend angreifen.

Was ich auch noch einen wichtigen Punkte finde: Einer der Anträge befasst sich ja nicht nur mit dem Breitbandthema, sondern auch – ich nehme an, dass sich darauf Ihre Fragen beziehen – mit dem Thema der Digitalisierungsoffensive, die NRW braucht. Das können wir absolut unterstützen. Vor allen Dingen wäre es ein möglicher Multiplikator für den anwendenden Mittelstand, der noch nicht ganz erkannt hat, dass die Digitalisierung jeden betrifft. Es gibt Umfragen, nach denen bis zu 60 % der Mittel-

ständler sagen, dass sie das derzeit nicht betrifft – auch in den nächsten oder übernächsten Jahren noch nicht. Das sind sehr alarmierende Zahlen. Man könnte, um diesen anwendenden Mittelstand zu erreichen, den IT-Mittelstand gut als Vehikel nutzen, denn hier gibt es sehr langjährige, gute Beziehungen. Da die meisten mittelständischen Anwender einen mittelständischen Anbieter haben, kriegt man vielleicht über diesen Kanal Digitalisierung in den Mittelstand. Ich halte es bei so einer Digitalisierungsoffensive für sehr wichtig, dass die Anwender bzw. die, die digital transformieren sollen oder wollen, einsehen, dass sie digital transformieren sollten.

Alexander Felsch (Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW): Herr Bolte, Sie hatten gefragt, wie wir es machen sollen – Schritt eins 50 Mbit und Schritt zwei darüber hinaus –, und damit verbunden die Frage, ob es richtig ist, die Digitale Dividende in Höhe von 50 Millionen € für Gewerbegebiete zu investieren.

Wie sollen wir es machen? Wie die letzten zehn Jahre gezeigt haben, sind deutschlandweit – für NRW liegen mir die Zahlen nicht vor – 74 Milliarden € aus der Telekommunikationsbranche in den Ausbau der Netzinfrastruktur geflossen. Das sind Mittel, die öffentlich in dem Umfang nicht zur Verfügung stehen und stehen sollen. Dieser Weg ist fortzusetzen. Das heißt, die Aufgabe der Politik ist es vorrangig, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Telekommunikationsunternehmen einen intensiven Wettbewerb haben und in die Märkte investieren. Dafür kann eine Strategie, bei der klar ist, wo die Reise hingehen soll, denn bei 50 Mbit ist nicht Schluss, einen sehr vernünftigen Rahmen setzen. Jede politische Ebene hat da ihre Aufgaben. Bei Industrie 4.0 ist es auf nationaler und internationaler Ebene vor allem die Standardsetzung: Sicherheit, Schutz von geistigem Eigentum und solche Themen. Auf regionaler Ebene und auf Ebene der Länder können sie sehr viel dazu beitragen, das Erkenntnisproblem zu lichten.

Das beantwortet auch die Frage von Herrn Bombis, glaube ich: Wie hoch ist die Durchdringung? Wir kennen die Zahl, die hier immer wieder genannt wird – ich kenne keine präzisere –, dass 10 % mit 50 Mbit versorgt sind. Was wir aber nicht wissen ist, was dahinter passiert? Wir brauchen auch Zahlen darüber, wo und in welcher Breite Upload und Download über 50 Mbit hinaus liegen, damit wir für die Strategie, die sich scheinbar über 2018 hinaus vorgenommen wird, wissen, wo wir stehen. Wo stehen wir im Jahr 2019 ff. Wie viel Bedarf haben wir da?

Die 50 Millionen € aus der Digitalen Dividende für die Industrie- und Gewerbegebiete zu verwenden ist richtig, aber deutlich zu wenig. Sie haben mit 400 bis 500 Millionen € eine Zahl genannt. Ob das am Ende genau der Bedarf ist oder ob er etwas niedriger oder höher ist, ist nicht klar – aber das ist auch nicht relevant. Sicher ist, dass wir ein Mehrfaches der 50 Millionen € brauchen, um die Industrie- und Gewerbegebiete anzuschließen.

Das haben Sie mit der Frage verbunden, wie viel die Industrie dazu beiträgt. Um diese Frage zu beantworten, muss man sich damit auseinandersetzen, wie wir auf kommunaler Ebene gegliedert sind. Industrie- und Gewerbegebiete befinden sich weit überwiegend in Randgebieten. Das hängt damit zusammen, das man Wohnnutzung sowie

Industrie und Gewerbe voneinander trennt, um eine negative Beeinflussung der Wohnbebauung auszuschließen. Das heißt, dass Industrie- und Gewerbegebiete als Märkte für Telekommunikationsunternehmen nicht besonders attraktiv sind und dass daraus langfristiges Verlegen von Glasfaserkabeln resultiert, ist kein Verschulden der angesiedelten Unternehmen, sondern eine Folge des politischen Konsenses, dass Industrie- und Gewerbegebiete überwiegend in Siedlungsrandgebieten oder zumindest ein gutes Stück von den anzahlmäßigen Schwerpunkten der Haushaltsanschlüsse weg angesiedelt sind. Diesem Umstand muss man Rechnung tragen.

Herr Bombis, Sie haben gefragt, wie die Durchdringung in der Mitgliedschaft ist. Wir vertreten 129 Verbände mit 80.000 Mitgliedsbetrieben. Eine schnelle Antwort wäre: Unterschiedlich. Dazu gehört der ZVI, der mit einer ganzen Reihe an Unternehmen genau die Lösungen anbietet, um Industrie 4.0 umzusetzen. Wir haben einen Maschinen- und Anlagenbau, einen Automobilzulieferbereich, der schon sehr intensiv den Bereich Industrie 4.0 in der Anwendung hat, und es gibt auch andere. Exakte Zahlen über Gesamt-Nordrhein-Westfalen liegen mir dazu nicht vor. Aber die Rückmeldung – so habe ich Ihre Frage verstanden – ist so, dass das Thema wichtiger wird. Diejenigen, die sagen, es betreffe sie dieses und nächstes Jahr noch nicht, werden es spätestens in der nächsten Stufe der Wertschöpfung, die über ihnen ist, spüren. Machen wir es am Automobilbau deutlich: Die Zulieferer der ersten Reihe haben das schon längst. In der zweiten Reihe auch. Jetzt geht das die Kette herunter. Von daher wird es immer mehr Unternehmen betreffen.

Ein paar Zahlen habe ich für Sie doch: Es gibt von Roland Berger zusammen mit dem BDI die ganz interessante Studie „Die digitale Transformation der Industrie“. Darin wird gefragt: Wie hoch schätzen Sie die Bedeutung der digitalen Reife Ihres Unternehmens und in Ihrer Branche ein? – Die größte Lücke zwischen „das ist sehr wichtig“ und „wo stehen wir“ haben wir im Bereich der Energietechnik, wo die digitale Reife am höchsten von allen Branchen vermutet wird. Danach folgte eine Lücke von 28 %, dann von 18 % bei der Logistik. Am nächsten dran sind wir, was digitale Reife in der Selbsteinschätzung und in der Einschätzung des Marktes angeht, bei der Medizintechnik und der Chemie. Ich hoffe, ich habe die meisten der gestellten Fragen beantwortet.

Nick Kriegeskotte (Bitkom): Ich möchte zum einen auf die Fragen von Ihnen, Herr Bolte, eingehen. Wie kommen wir zu mehr Glasfaser? Wie kommen wir beim Breitbandausbau weiter voran? Wie relevant ist das Engagement vor Ort? – Das ist auch aus unserer Sicht der entscheidende Faktor, weshalb sehr gut ist, dass man auch in Nordrhein-Westfalen bei den Breitbandprogrammen genau diesen Punkt in den Blick nimmt und dort eine Förderung ansetzt, auch was personelle Ausstattung angeht.

Zum anderen wurde von vielen anderen schon gesagt, dass ein weiterer entscheidender Faktor der Wettbewerb ist, den wir im Markt haben. Das ist auch aus unserer Sicht der Fall. Seit der Liberalisierung sind von den privaten Telekommunikationsunternehmen weit mehr als 100 Milliarden € in die Netze investiert worden. Alle sind auch bereit, das weiter fortzusetzen. Ein Hebel ist aus unserer Sicht dort aber auch die Nachfrage. Wir sehen gerade in den sehr hohen Bandbreiten noch nicht immer die Nachfrage, die wir uns wünschen würden. Da gibt es jüngste Zahlen zu, die den Anteil der über 50-

Mbit-Anschlüsse bei unter 2 % sehen, was die Nachfrage angeht. Hier könnte man auch einen Hebel für Ausbauaktivitäten ansetzen.

Ein weiterer Hebel ist das schon angesprochene DigiNetz-Gesetz, das gerade auf Bundesebene diskutiert wird und viele positive Elemente in Bezug auf die Senkung der Ausbaurkosten und Hebungen von Synergien hat. Das setzt voraus, dass wir den Breitbandatlas möglichst breit von allen beliefern, sodass die angesprochene Transparenz von mitnutzungsfähigen Infrastrukturen herrscht.

Herr Bolte hatte mich auch nach dem NGA-Überbau gefragt – ich hatte schon genickt und – ob NRW da einen großen landespolitischen Einfluss drauf hat. Die Förderkriterien oder Förderprogramme müssen sich – wie sicherlich allen bekannt ist – in den Europäischen Beihilferechtsrahmen einordnen, der recht enge Grenzen setzt. Darunter muss man die ganzen Sachen fassen und subsumieren.

Die Frage des Überbaus ergibt sich insbesondere aus der Frage, wie der Zuschnitt von Fördergebieten aussieht – insbesondere dann, wenn ich unterschiedliche Infrastrukturen in diesem Gebiet berücksichtige, zum Beispiel wenn ich teilweise andere Ausbreitungen der Straßenzüge habe, als das, was nachher möglicherweise gefördert wird. Das ist der Punkt, wo unsere Kritik in Teilen ansetzt.

Die Frage zu unserer Mitgliedschaft war, glaube ich, von Herrn Bombis. Wir als Bitkom vertreten 2.300 Unternehmen der Digitalwirtschaft. Das fängt bei über 300 Start-ups an, geht über einen sehr großen mittelständischen Teil, bis hin zu fast allen Global Playern, die sich bei uns aus dem Bereich Software, IT-Services, Telekommunikation, digitale Medien, Internetdienste, Hardware und Consumer Electronics engagieren. Wir sind also relativ breit aufgestellt, sodass wir davon ausgehen, dass die bei uns engagierten Unternehmen die Digitalisierung weitgehend zum Geschäftsmodell gemacht haben und sich dort, was die Chancen angeht, hoffentlich gut aufstellen.

Nichtsdestotrotz sehen wir in der Breite – für den Mittelstand wurde das von einigen anderen schon betrachtet – weiteres Potenzial, um in Bezug auf die Herausforderungen und Chancen weiter zu sensibilisieren. Der Digitalisierungsprozess ist deutlich mehr als eine reine Automatisierung, sondern geht bis zu disruptiven Geschäftsmodellen, die wir in dem Bereich haben. Wenn der größte Anbieter von Übernachtungslösungen kein einziges eigenes Hotel betreibt oder der größte Anbieter von Taxifahrten kein einziges Taxi hat, dann sind das neue Entwicklungen im Sinne des berühmten Begriffs der „Plattform-Ökonomie“, die wir in diesem Markt wahrnehmen, die sich globalen Herausforderungen stellen und bei denen man sich vor Ort sehr genau anschauen muss, wie man ihnen begegnet.

Ein Aspekt der Begegnung ist sicherlich die Frage der digitalen Bildung, die aus unserer Sicht ein ganz entscheidender Faktor ist. Sie soll nicht erst hinsichtlich des Fachkräftemangels, sondern schon früher ansetzend in der Schule die Grundlagen für diese neuen Herausforderungen in der Ausbildung schaffen – aber nicht nur in Schule, Ausbildung, Universitäten und Fachhochschulen, sondern auch berufsbegleitend, um sich dem Fachkräftemangel durch die sehr schnell wechselnden Prozesse und neuen Herausforderung sachgerecht zu stellen.

Herr Stein hatte noch gefragt, wie hoch der Förderbedarf im Ausbau für die restlichen Gewerbegebiete oder Gebiete ist, in denen kein marktgetriebener Ausbau erfolgt. Uns liegen auch keine speziellen Zahlen für Nordrhein-Westfalen vor. Natürlich ist der marktgetriebene Ausbau auch bei uns das oberste Ziel. Die Förderung sollten wir auf die Gebiete beschränken, in denen das nicht geschieht.

Stefan Glusa (Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen mbH): Herr Bolte hatte die berechtigte Frage gestellt, wie das vor Ort konkret umgesetzt werden kann. Dazu gebe ich aus unserer Sicht ein paar Anmerkungen aus der Praxis. Wir versuchen in den Bereichen, wo wir Marktversagen feststellen, zur Not die Erschließung auch selber als kommunales Unternehmen vorzunehmen. Da sind wir schon am spannenden Punkt: Wie in jedem Förderverfahren müssen Sie erst mal die Markterkundung starten und abfragen, wer bereit ist, in den nächsten drei Jahren eigenwirtschaftlich auszubauen. Sie kriegen dafür vier Wochen Frist.

Wenn wir so ein Verfahren über die Feiertage starten, kriegen wir wahrscheinlich gar keine Aussage oder Rückmeldung, dass da was passiert. Das kann ich verschiedentlich interpretieren. Ich kann sagen „Aha, da hat offenbar keiner Interesse eigenwirtschaftlich auszubauen“ und stelle Marktversagen fest; ich habe einen weißen Fleck und ich kann dort starten. Das ist wunderschön. Greenfield-Ansatz. Ich kann aus dem Vollen schöpfen und meine Glasfaser neu verlegen, ohne nach links und rechts zu gucken. Viele machen das und stellen dann irgendwann fest: „Oh, plötzlich hab ich einen Unitymedia-Anschluss überbaut, der vielleicht doch an einem Gewerbegebiet, das nicht exklusiv Gewerbegebiet, sondern nur eine Gewerbeansiedlung ist, entlangläuft.“ Oder – so haben wir jüngst den Fall erlebt – kaum haben Sie mit der FTTH-Erschließung im Gewerbegebiet begonnen, werden Sie strategisch durch das marktbeherrschende Unternehmen überbaut. Dann wird auch dort ein VDSL-Ausbau vorgenommen, wo ein solcher Ausbau ursprünglich nicht zu erwarten war. Diese Beispiele gibt es leider und die machen uns, sowohl was den Eigenausbau als auch das Zurechtschneiden – auf das intelligente Identifizieren von Fördergebieten kommt es ja jetzt an – angeht, erhebliche Probleme.

Wir versuchen dem zu begegnen, indem wir ziemlich genau wissen, was an Infrastrukturen vorhanden ist. Damit können wir unterstellen, was ein Infrastrukturausbau kosten würde, und jeder Kommune eine Kostenschätzung präsentieren, was die FTTC- oder auch FTTB/H-Erschließung überschlagsmäßig kosten würde.

Wir haben aktuell 74 Gewerbegebiete im Märkischen Kreis. Die Frage von Herrn Stein, was das NRW-weit kostet, kann ich nicht beantworten, aber zumindest für unsere 59 Kommunen in Südwestfalen können wir es sagen. Bei diesen konkreten 74 Gewerbegebieten gehen wir davon aus, dass der Investitionsbedarf – sich sage bewusst nicht Förderbedarf – für eine FTTC-Erschließung bei rund 11 Millionen € liegen würde. Damit liegen Sie auch schon wieder 1 Million € über der eigentlichen 10-Millionen-€-Deckungsgrenze des Bundesförderprogramms. Das kann man auf 15 Millionen € anheben, vielleicht kommen wir damit aus. Ansonsten ist das die Größenordnung für die Erschließung von 70 Gewerbegebieten.

Zur Frage, ob die Unternehmen das denn auch annehmen – das Nachfragethema von Herrn Bombis. Das ist in der Tat so. Wir haben mit unserer südwestfälischen Industrie- und Handelskammer vor einem Jahr eine Umfrage gemacht, wer bereit ist, sich an Erschließungsbeiträgen zu beteiligen. Da haben 44 % der Unternehmen pauschal gesagt: Ich zahle Gewerbesteuern. Ich erwarte, dass das bei mir vor Ort verfügbar ist und ich werde keinen einzigen Euro Erschließungsbeitrag dafür zahlen. – Ungefähr 30 % haben gesagt: Es kommt drauf an, aber mehr als 100 € Erschließungsbeitrag dürfte es nicht werden. – Das zum Thema Nachfrageseite und zur Zahlungsbereitschaft, ein kostenintensiveres Produkt, FTTH, zu buchen, das sich in der Preistränge von einem klassischen Geschäftskundenprodukt mit einer Standleitungs- oder entsprechenden gesicherten Übertragungsqualität bewegt.

Da ist noch sehr viel Aufklärungsarbeit bei den Unternehmen vor Ort zu leisten. Wir haben mit unserer Fachhochschule einen Breitbandcheck entwickelt, um den Unternehmen klar zu machen, dass es für sie im Prinzip einen Produktionsfaktor darstellt und man auch nicht überlegt: Wenn ich meine Produktion ausweiten will, dann kauf ich mir entweder die Maschine für 100.000 € oder ich kaufe sie mir nicht. – Also kaufe ich mir auch den Glasfaseranschluss, wenn der für mein Unternehmen wichtig ist. Diese Aufklärungsarbeit ist ein zusätzliches Feld, was den Breitbandkoordinatoren aufgebürdet wird, um Aufklärungsarbeiten leisten zu können.

Zur Frage der Erschließung der letzten 5 %. Wenn wir Neubauten oder Überbauten vermeiden, haben wir es bei uns in der Region überschlägig auf ungefähr 350 bis 900 Millionen € Investitionsbedarf – nicht Förderbedarf – taxiert, um auch die Erschließung der letzten Prozente vornehmen zu können. Dabei ist nicht so sehr die notwendige Höhe der Summe entscheidend, sondern die politische Aussage: In welchen Gebieten will ich welche Entwicklung sehen? Ich habe in letzter Zeit keinen Kommunalpolitiker gesprochen, der mir nicht sagt: Ich mache mir Gedanken, wie ich demnächst noch meinen Kindergarten oder meine Grundschule unterhalte. – Natürlich ist es bei der Entwicklung von Gewerbegebiete nicht anders. Ich werde mir immer auch Gedanken machen, wie ich einen speziellen Bereich entwickeln will. Das sind wiederum politische Rahmenbedingungen, die die Kommunalpolitik uns als Infrastrukturgesellschaft erklären muss. Wie will sie ein entsprechendes Gebiet weiterentwickeln? Da spielen demografische Faktoren mit rein. Wenn ich heute schon ungefähr weiß, wie sich in den Gebieten die demografische Situation, Schulen und öffentlicher Personennahverkehr entwickeln werden, dann kann ich prognostizieren, ob ich da noch einen teuren FTTH-Ausbau mache oder mich mit meinen begrenzten Mitteln und meinen Eigenanteilen schwerpunktmäßig auf andere Ortsteile oder Gewerbegebiete konzentriere. Das ist ein heißes Eisen, das wir von Infrastrukturseite bewusst nicht gerne anfassen. Aber es spielt rein. Nur zu sagen „Wir brauchen 100 %“ verkennt ein bisschen die Situation oder die Ausbauabsichten, die wir aufseiten der Kommunalpolitik feststellen. Wenn wir regionale oder sogar lokale Konzepte einfordern, müssen solche Einflussfaktoren berücksichtigt werden.

Wenn wir denen konkrete Zahlen auf den Tisch legen, sagen wir: Bis 90 % Erschließung kostet es 5 Millionen €, aber die letzten wenigen Prozente machen den größten Anteil aus. Da passt die Zwei-Drittel-Regel. Man sagt, dass man ganz grob 80 % der Kosten noch mal auf die letzten 20 % im Ausbau unterstellen kann. Vorhin fiel die Zahl

2.500 € Hausanschlusskosten. Wir stellen fest, dass die letzten 20 % bei uns gut mal bei 3.000 bis 5.000 oder 6.000 € pro Haushaltsanschluss liegen. Da sind Sie wieder aus jedem Scoring und im Grunde auch aus jeder Fördererfähigkeit raus. Wenn alle abgewunken und gesagt haben, dass an der Stelle eine Förderfähigkeit unwahrscheinlich ist, sind das genau die Bereiche, die wir letztendlich auf dem Tisch haben. Dann muss man insbesondere vonseiten der Kommunalpolitik sagen: Gut, das ist in der Tat ein Bereich, wo wir dir sagen müssen, dass es bei dir wahrscheinlich über Funk oder andere Lösungen ausreichen muss. – Auch Mobilfunk mit LTE/5G-Netzen wird an der Stelle wahrscheinlich dauerhaft zementiert werden. Das gehört zur Ehrlichkeit dieses Geschäftes dazu.

Dr. Jürgen Kaack (STZ-Consulting Group): Das sind einige spannende Fragen. Zunächst zu Herrn Bolte und dem Thema „Vorgehen für eine Breitbandstrategie“. Das sollte es eine Glasfaserstrategie sein, weil uns alles andere nicht weiterbringt.

Dazu ein paar grundsätzliche Aspekte: Eine Glasfaserstrategie fürs Land NRW, die auf den weißen Flecken aufsetzt, ist aus meiner Sicht von vornherein zum Scheitern verurteilt. Entweder schaffen wir eine Glasfaserstrategie für 100 %, oder wir sollten es sein lassen. Das ist ein relativ schwieriges Thema, weil dann auch eine Strategie für die 70 %, die heute graue oder schwarze NGA-Flecken sind, geschaffen werden muss. Laut den EU-Beihilferegeln und EU-Breitbandleitlinien von 2013 darf eine Gebietskörperschaft jedoch nur in den Bereichen tätigen werden, wo es weiße Flecken sind. Das heißt, dass man hier einen Weg finden muss, wie wir das mittelfristig überhaupt erreichen können.

Dass es grundsätzlich möglich ist, ist, glaube ich, unstrittig. Auch wenn man den Vectoring-Ausbau heute mehrfach sehr kritisch dargestellt hat, hat er einen sehr positiven Aspekt: Er kauft uns Zeit. Die Gebiete, die wir heute mit Vectoring versorgen, müssen wir nicht morgen mit Glasfaseranschlüssen bedecken. Die muss ich aber perspektivisch in einem Zeitraum von zehn bis 15 Jahren ausbauen. Wenn ich das konsequent tue und heute damit anfangen kann, kann ich unter Koordination von Breitbandkoordinatoren, unter Nutzung von allen Synergien im Bereich Tiefbau, Versorgungsleitung etc. zu deutlich niedrigeren Kosten als den genannten 2.500 € pro Anschluss bauen. Wobei ich mit der Zahl durchaus auch heute operieren würde. Wenn man im Bereich von Wohnbebauung Glasfaseranschlüsse hätte, würde ich im Durchschnitt auch 2.500 € ansetzen. Habe ich allerdings Synergien – zum Beispiel eine Sanierung im Energienetz, im Gasnetz, im Straßenraum, Erneuerung im Bereich Kanal –, dann kann ich wesentlich günstiger bauen. Das heißt, dass ich dann bestimmt auf ein Viertel der Kosten herunterkommen kann. Wenn ich das konsequent über die Zeit tue, habe ich nach zehn Jahren vielleicht kein 100 % geschlossenes Netz, aber vielleicht 80 %. Wenn ich den Rest mit mindertiefer Verlegung und ähnlichen Technologien abdecke, könnte ich 100 % erreichen.

Es bleibt die spannende Frage, wie ich das rechtlich machen kann. Wenn es privatwirtschaftlich erfolgt, ist das überhaupt kein Problem. Dennoch haben die Unternehmen, die das privatwirtschaftlich machen, das Problem, dass sie eine Amortisation erst kriegen, wenn das Netz komplett ist. Hier muss ich also das Ganze strategisch soweit

vordenken und möglicherweise einen gewissen Investitionsschutz schaffen. Ich hatte in diesem Kreis schon mal vorgeschlagen, dass man über eine ähnliche Lösung wie im Bereich der Stromkonzessionen nachdenken könnte. Man könnte ein solches Gebiet für ein Glasfaseranschlussnetz ausschreiben und, je nachdem, wen man findet, die Konzession für 20 oder 30 Jahre vergeben. Wenn das nicht klappt, müsste die jeweilige Gebietskörperschaft das Recht haben, selber bauen zu können.

Es ist ja keine verlorene Investition, sondern lediglich eine, die deutlich später zu Rückflüssen führt, weil ein Netzbetreiber irgendwann zahlt. Ob das der heutige große Marktbeherrschende ist oder ob das kleinere Unternehmen oder neue Start-up-Unternehmen als Dienstebetreiber sind, die mit Cloud-Lösungen daherkommen – ich werde Nutzer finden, die ein solches Netz brauchen. Das heißt, ich habe eine Amortisation, aber ich habe sie später. Das ist ähnlich zu sehen wie jede andere Investition auch.

Ich denke, dass eine Strategie so aufgesetzt sein muss. Sie muss in der Regel auch von der lokalen Ebene, sprich von Kommunen und Kreisen, ausgehen und dort getragen werden. Ich kann natürlich auch über Zweckverbandlösungen und genossenschaftliche Lösungen nachdenken. Das hängt ganz davon ab, was ich in der Region habe. Trotzdem muss ich hierfür – ich denke, dass da in der Tat die Politik gefordert ist – die Rahmenbedingungen schaffen, um das tun zu können. Ansonsten stehen wir in zehn oder 15 Jahren mit Sicherheit wieder da, wo wir heute stehen.

(Zuruf: So sieht's aus!)

Zu der Frage, was eine Kommune oder ein Kreis tun muss, um am Bundesförderprogramm teilzunehmen! Ich hab deshalb so geschmunzelt, weil ich flapsig antworten könnte: Das wüsste ich auch gerne. – Ich hab mich in letzter Zeit sehr intensiv damit beschäftigt und finde – wie ich gestehen muss – eigentlich mehr Fragen als Antworten. Das, was ich heute von dem Programm sehe, ist – wenn ich es mal so ausdrücken soll – ein Bürokratiemonster. Ich weiß nicht, ob es nicht wirklich durchdacht ist, oder ob das, was dahinter steht, einfach nur nicht kommuniziert wird. Aus meiner Sicht sieht es so relativ aufwendig aus. Ich würde mal behaupten: Wenn es tatsächlich so sein sollte, wie es sich mir heute darstellt, wird ein normaler Kreis und eine normale Kommune kaum in der Lage sein, das zu nutzen.

Hinzu kommt, was ich am Anfang schon gesagt habe, dass die heute verbleibenden weißen Flecke häufig sehr klein und sehr zersplittert in einem Kreisgebiet sind, sodass ich selbst dann, wenn ich die Anforderung habe, dort mit FTTB auszubauen, möglicherweise gar keinen Interessenten finde, der ausbauen möchte. Denn wer möchte als Netzbetreiber für 100 oder 200 Anschlüsse eine komplette Infrastruktur hinstellen? Es ist ja nicht mit den 2.500 € für den Hausanschluss getan, sondern ich muss auch aktive Technik haben. Ich muss mein Netz an ein Backbone anbinden und Dienste darauf haben, die entsprechend passen. Das wird relativ schwierig.

In den Bereichen, wo mit dem Ausbau schon heute Stadtwerke aktiv sind, könnte ich mir gut vorstellen, dass Kommunen partizipieren können, weil man dort einfach seine Planung erweitern und schauen kann, wo noch unterversorgte Randbereiche – also weiße Flecken – sind. Da kann ich wahrscheinlich relativ schnell aufspringen.

Wenn ich die Frist zum 31.01.2016 sehe, würde ich behaupten: Es können nur diejenigen einen Anträgen stellen, die schon heute ein fertiges Konzept haben. Das bedeutet aber auch, dass ich eine Netzplanung gemacht haben muss, die für eine Mittelstadt in der Regel zwischen sechs und neun Monaten dauert – wenn ich denn aufgrund der zurzeit extrem knappen Ressourcen einen Netzplaner finde. Ich muss eine Markterkundung durchgeführt haben. Ich muss jemanden haben, der die aktive Technik hat. Außerdem muss ich ein Auswahlverfahren durchgeführt haben. Sprich: Wenn ich mir die Zeit bis zum 31.01. vorstelle, ist das unmöglich.

Später kann man das sicherlich für einzelne Gebiete angehen. Ich denke, dass sich das für eine Gesellschaft wie die TKG Südwestfalen anbieten könnte, solche Dinge miteinzubauen. In der Fläche sehe ich große Probleme mit dem Programm. Vielleicht klärt sich das ja noch und manche Dinge werden doch etwas transparenter, als sie sich heute darstellen.

Wenn man sich das Thema „Scoring-Tabelle“ anschaut – es klang bereits an, ob die Kommunen in Nordrhein-Westfalen überhaupt teilnehmen können –, bleiben da auch Fragen: Bezieht sich die Bevölkerungsdichte auf den Kreis, die Kommune oder das Ausbaugebiet? Ländliche Gebiete sind in der Bevölkerungsdichte wahrscheinlich nicht anders als in Mecklenburg-Vorpommern. Wenn ich das auf Kreisebene sehe, sieht es wieder ganz anders aus. Da sind so viele offene Fragen, dass ich gar nicht weiß, wo das eigentlich hingehet.

Herr Bombis hatte zum Thema „Vectoring-Ausbau im ländlichen Raum“ gefragt. Ja, das geht, auch wenn es sich zunächst sehr widersprüchlich angehört. Es gibt viele kleine Gemeinden, wo heute mit Vectoring ausgebaut wird. Natürlich ist aufgrund der höheren Leitungsdämpfung nach 600 m der Vectoring-Effekt weg, aber ich habe immer noch einen relativ guten Ausbau. Ich kann viele Gebiete ausbauen. Ich komme natürlich an Grenzen, dass ich dann da hinkommen müsste, dass ich – was ja schon anklang – quasi einen Outdoor-DSLAM für ein Haus brauche. Grundsätzlich kann ich damit sehr viele Gebiete ausbauen – und das passiert heute auch.

In vielen Gegenden, wo Markterkundungen durchgeführt werden, kommen solche Angebote und behindern alle anderen Arten von Ausbauten – natürlich immer im Sinne des Rosinenpickens: Ich schau mal, wo ich denn was habe. – Ich habe manchmal die Vermutung, dass man die Flecken übrig lässt, die im Moment unwirtschaftlich sind, die für jeden anderen Netzbetreiber unattraktiv sind und da sowieso keiner hingehet. Hinterher kann ich mir die über Fördermitteln wieder holen.

Generell zum Thema „Fördermittel“. Wenn man beim Breitbandausbau so vorgeht, wie ich es eben beschrieben habe – dass man über Synergien über lange Zeit baut –, dann, glaube ich, sind relativ wenig Fördermittel an der Stelle nötig. Ich würde auch immer einem Ausbau ohne Fördermittel den Vorrang geben, denn Fördermittel wirken in vielen Fällen verfälschend und zielen auf das falsche Ergebnis. Das würde ich deshalb eher ablehnen.

Die Frage nach den letzten 5 % ist spannend. Da kann ich nur empfehlen, mal nach Skandinavien zu schauen, weil dort auch abgelegene Einzelgehöfte mit Glasfaser gebaut werden. Warum auch nicht. Das geht, wenn ich zum einen von dem Eigentümer

Erschließungsbeiträge nehme, was in manchen Ländern absolut üblich ist, und zum anderen, wenn ich andere Technologien habe. Warum muss ich ein Einzelgehöft mit einer unterirdisch verlegten Leerrohrtrasse anbinden? Ich könnte wieder zu der guten alten oberirdischen Leitung zurückgehen. Wenn der Eigentümer das nicht haben will, kann er es auch unterirdisch verlegen. Gehe ich aber auf eine oberirdische Verlegung, habe ich keine Kosten von 100 € pro Meter Verlegung wie heute, sondern vielleicht von 10 € pro Meter. Das heißt, man muss hier, glaube ich, etwas flexibler denken, wie man solche Dinge umsetzt. Natürlich kann man alternativ auch über Richtfunk nachdenken, denn Richtfunk ist genauso eine NGA-Technologie wie die Glasfasertechnik. Das passt durchaus.

Letzter Punkt: Gewerbegebiete. Das ist ein spannender Punkt. Aber auch hier haben wir das Problem, dass Gewerbegebiete, in denen ich heute einen Vectoring-Ausbau habe oder ein Vectoring-Ausbau angekündigt ist, aus der Förderfähigkeit herausfallen. Da kann ich mir noch so sehr Glasfaser bis zum einzelnen Betrieb wünschen – das funktioniert zumindest über Fördermittel heute nicht. Weder mit dem Bundesprogramm noch mit dem RWP-Programm.

Generell muss man – um etwas Wasser in den Wein zu gießen – zum Thema „Gewerbegebiete“ sagen: Sie kriegen an jedem Platz in Deutschland – bis in den Schwarzwald – heute für einen Betrieb einen Glasfaseranschluss. Allerdings keinen Glasfaseranschluss mit 19,90 € pro Monat. Ich kriege einen Geschäftskundenanschluss, der ab 300 €, 400 € im Monat kostet. Nur, wenn man das als Betrieb im Geschäftsprozess braucht, dann ist das ein Betriebsmittel und dann sind das Betriebskosten. Da bin ich völlig bei Ihnen. Wenn erwartet wird, dass das für 19,90 € oder 39,90 € umsetzbar ist, macht man, würde ich sagen, etwas falsch, denn man wird auch keine Maschinenbau-einrichtung für 19,90 € im Monat kriegen. Hier fehlt es am Bewusstsein in den Betrieben.

Ein anderer Aspekt dazu: Beim Ausbau von Gewerbegebieten mit Fördermitteln – ich habe verschiedene solcher Projekte ganz klassisch unter den üblichen Bedingungen des Beihilferechts begleitet und komme zum Beispiel auf einen VDSL-Ausbau mit 50 Megabit – habe ich die Erfahrung gemacht, dass es Gewerbegebiete gibt, in denen die Konversionsrate hinterher bei 6 bis 7 % liegt. Das heißt, 7 % der Unternehmen, die vorher unter 3 Megabit hatten, haben sich für einen höherwertigen Anschluss entschieden. Insofern haben wir auch hier Aufklärungsbedarf, wobei es nicht eindeutig festzulegen ist, welche Branche was braucht. Ich habe Handwerksbetriebe erlebt: Zum Beispiel braucht ein Schreiner, der CAD-Konstruktionen für einzelne Möbelstücke macht, heute schon einen sehr schnellen Anschluss. Es ist nicht ganz einfach festzulegen, was man wo hat.

Das Thema „Gewerbegebiete“ muss man sehr differenziert betrachten. Bei Befragungen, die wir auch im RWP-Programm haben, erlebe ich immer wieder, dass man in manchen Gewerbegebieten keine drei Rückmeldungen von Betrieben bekommt, die sagen: Ich brauche mehr als 50 Megabit. – Unverbindliche Aussagen wohlgermerkt, keine Vorverträge! Sicherlich brauchen die Betriebe vorrangig Glasfaser und sicherlich muss man auch im Sinne der weiteren Entwicklung des Standortes Glasfaser dorthin

bringen. Aber man darf nicht vermuten, dass die Betriebe deshalb frühzeitiger bereit sind, entsprechend mehr zu zahlen und einen solchen Anschluss zu buchen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielleicht gelingt es den beiden letzten Rednern, dass wir in der Zeit bleiben. Ich hab nämlich noch drei Fragesteller, die ich allerdings abwürgen muss, weil wir gleich am Ende der Sitzung sind. – Herr Spiegel.

Andreas Spiegel (MICUS Strategieberatung GmbH): Ich werde mich kurz halten. Herr Stein hatte drei Fragen bezüglich unserer Studie gestellt. Nun ist er leider nicht mehr da. Ich werde trotzdem kurz antworten.

Was kostet der Ausbau tatsächlich? Was wird über Förderung passieren müssen? – Ich möchte mich nicht an irgendwelchen Glaskugelspielen beteiligen und in die Zukunft schauen. Ich denke, Herr Heer hat eben eine ganz gute Schätzung abgegeben.

Grundsätzlich sagen wir, dass Förderung nur im äußersten Notfall das Mittel der Wahl sein sollte. Ziel muss es sein, wirtschaftliche Projekte zu entwickeln. Da haben wir einige gute Vorschläge gemacht, wie das möglich ist – insbesondere indem Kapital von Investoren in den Breitbandausbau hineingeholt wird. Dazu bedarf es allerdings einer vorherigen möglichst präzisen Projektentwicklung. Da wäre es schön, wenn insbesondere der Infrastrukturatlas wesentlich verbessert werden würde, sodass man damit auch arbeiten kann, anstatt sich nur ein paar bunte Bilder anschauen zu können, wo Infrastrukturen vorhanden sind. Man sollte diese auch digital übernehmen können, um damit Pläne zu erstellen, die zu einer wirklichen Projektentwicklung führen können.

Was den Punkt der 95 % angeht, muss man realistisch gesehen sagen, dass 95 % das ist, was man erreichen kann. FTTB bis zu jedem letzten Haus halte ich für absolut schwierig. Das ist sicherlich in den nächsten Jahren nicht zu machen. Herr Dr. Kaack hat eben das Beispiel aus Skandinavien genannt. Ja, das kann man erreichen, insbesondere indem man oberirdische Verlegung oder andere günstige Verlegarten hinzuzieht. Nichtsdestotrotz werden immer Gebiete übrig bleiben, die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht erschlossen werden können. Da müsste man überlegen, inwieweit eine Förderung da Sinn macht. Man muss aber auch schauen, dass – wie Herr Dr. Kaack es auch schon beschrieben hat – andere Technologien dort durchaus hilfreich sein können. Satellitentechnik kann vielleicht noch zusätzlich genannt werden. Damit erreiche ich keine 100 Megabit pro Sekunde, aber immerhin eine deutliche Verbesserung im Gegensatz zu 1 oder 2 Mbit, die dort vorher anlagen.

Zu den Gewerbegebieten! An der Diskussion, was mit Förderung noch zusätzlich machbar ist, möchte ich mich nicht beteiligen. Das abzuschätzen ist sehr schwierig. Die Bedeutung der Gewerbegebiete sollte allerdings nicht unterschätzt werden, denn in vielen Fällen ist es so, dass nach der Erschließung eines Gewerbegebiets von dort aus auch angrenzende Wohngebiete weiter erschlossen werden können. Man hat die Glasfaser dann zumindest schon mal einen deutlichen Schritt nach vorne gebracht.

In unserer Studie haben wir mit dem Genossenschaftsmodell eine Lösung dargestellt, wie sich vor allem Gewerbebetriebe zusammenschließen können, um eine Kostenreduktion zu erzeugen und den Glasfaserausbau in dem Gewerbegebiet voranzutreiben.

Dazu wird es demnächst auch Pilotprojekte geben. Ansonsten haben meine Vorredner schon viel Richtiges gesagt. Ich möchte in Anbetracht der knappen Zeit nun an meinen Kollegen weitergeben.

Guido Brebaum (Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Steinfurt mbH): Das Meiste ist gesagt. Ich möchte ganz kurz noch mal auf die Themen „Glasfaser“ und „Förderung“ anhand von zwei Beispielen eingehen. In der letzten Förderphase haben wir Fördergeld für Ortsteile beantragt, und es wurde dann auch gebaut. Sie müssen vorher in einer Markterkundung abfragen, ob das jemand ohne Fördergeld tun möchte. Das haben wir gemacht. Drei Monate nachdem gebaut war, kam ein anderer Wettbewerber und hat die gleichen KVz-Kästen noch mal überbaut. So etwas gibt es, so etwas passiert. Der Markt ist da leider Gottes nicht hinreichend abgestimmt – jedenfalls in der Vergangenheit.

Zweites Beispiel: Wir haben in Wohngebieten festgestellt, dass niemand dort kabelgebunden Breitband verlegen möchte. Wir haben Markterkundungen mit dem Ergebnis durchgeführt, dass heute dort Glasfaser ausgebaut wird.

Im Münsterland, aber auch in anderen Regionen, gibt es viele Beispiele für eigenwirtschaftliche Modelle. Es gibt Investoren. Im Münsterland ist da im Augenblick ein niederländisches Unternehmen sehr stark. Es gibt eine deutsche Glasfaser. Es gibt eine BBV. Man nutzt dort die Techniken, die in § 68 TKG ausdrücklich erlaubt sind. Wir tun uns und insbesondere Stadtwerke tun sich da momentan noch sehr schwer. Aber es gibt das Mini-Trenching und das Micro-Trenching. Es gibt also offensichtlich Modelle, mit denen man so etwas wirtschaftlich tun kann.

Die Stadtwerke sind mehrfach genannt worden. Auch die tun das nicht aus karitativer Motivation, sondern sie wollen einen Rückfluss der Mittel erreichen. Wenn man die Abschreibungszeit nicht auf zwei Jahre legt, sondern realistische Nutzungsszenarien von Glasfaser zugrunde legt, dann funktioniert das auch.

Das Thema „Zuführung“ ist bei Glasfaser allerdings oft das Problem. Diese Gesellschaften führen Nachfragebündelungen im Sinne von Vorvermarktung durch. Wenn man 40 % oder was auch immer erreicht hat, wird ein Business Case daraus und es wird gebaut. Wir stellen häufig fest, dass es an der Zuführung mangelt. Da sehe ich den Spielraum und die Notwendigkeit für die Förderung. Solche eigenwirtschaftlichen Ausbauprojekte sollten durch das nötige Quäntchen Förderung, die zum Beispiel für die Backbone-Realisierung noch erforderlich ist, ermöglicht werden.

Wie ich glaube, ist Subsidiarität auch im Fall des Breitband- und Telekommunikationsausbaus ein gutes Prinzip. Wir als Kommunen sind an dem Thema dran. Es ist aber auch wichtig – das ist gesagt worden –, dass der politische Rahmen und das Rüstwerkzeug, das wir benötigen, stimmen müssen. Ich begrüße sehr, was zu den Erschließungsbeiträgen gesagt wurde. Wir benötigen die Instrumente, um zum Beispiel für diesen Ausbau auch die Endnutzer, die Unternehmen heranzuziehen und diese Projekte vor Ort umzusetzen.

Ich möchte damit schließen: Geben Sie uns die Instrumente, die uns befähigen, mit unseren Kümmerern vor Ort zu schauen, dass Fördermittel effizient volkswirtschaftlich

sinnvoll eingesetzt werden und möglichst wenig an Fördergeldern durch Mitnahmeeffekte oder Überförderung volkswirtschaftlich verpuffen!

Zur Frage nach den Gewerbegebieten! Im ländlichen Raum bei uns im Münsterland ist das so, dass wir etwa 50 % der Gewerbegebiete momentan mit NGA-Bandbreiten ausstatten haben. Darunter sind aber auch viele VDSL-Projekte, VDSL 1, womit man 50 Mbit gerade noch erreicht. Viele Betriebe kriegen vielleicht noch 40, 30 oder 20 Mbit. Wenn wir die echten Glasfasergebiete nehmen, dann sind im Kreis Steinfurt mit etwa 60 Gewerbegebieten vielleicht fünf oder sechs komplett erschlossen. Das Feld, das da zu bestellen ist, ist also noch sehr weit.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank für die Ausführungen, Herr Brebaum. – Ich habe noch drei Fragesteller auf der Liste: Herrn Hafke, Herrn Schick und Herrn Dr. Paul.

Wir hatten uns bei der Planung dieser Anhörung mit den Obleuten einen zeitlichen Rahmen gesetzt. Wir waren der Auffassung, dass 15:30 Uhr reichen müsste. Ich will außerdem daran erinnern, dass wir im Anschluss noch eine weitere Sitzung des Ausschusses haben. Darum bitte ich die drei Fragesteller, Ihre Frage nicht wieder an alle zu richten, sondern gezielt an einen, damit wir eine kurze Antwort kriegen und auch die letzten sieben Minuten noch nutzen können. Ansonsten habe ich die Bitte, das ganz kurz zu machen. Ich möchte aber Sie auch nicht abbügeln. – Herr Hafke, Herr Schick und dann Herr Dr. Paul.

Marcel Hafke (FDP): Ich möchte eine grundsätzliche Anmerkung machen und bitten, das in der Obleuterunde zu besprechen. Wenn man vier Anträge berät und ein Zeitfenster von zwei oder zweieinhalb Zeitstunden macht, ist es bei relativ vielen Fragen und dankenswerterweise sehr ausführlichen Antworten schwierig, auch auf andere Themenkomplexe einzugehen. Wir haben zweieinhalb Stunden über ein Thema gesprochen. In einem Antrag geht es aber auch noch um ein paar andere Punkte. Es ist schwierig, das Fass jetzt aufzumachen, weshalb ich an der Stelle auf meine Fragen verzichte. Ich hätte eigentlich noch mal die Themen „Bildung und Digitalisierung“ sowie „Gründungsförderung“ und ähnliche Punkte angesprochen. Damit würden wir einen ganz neuen Themenkomplex aufmachen. Man sollte jedoch noch mal rückkoppeln, dass man bei der Beratung von vier Anträgen ein effizienteres Zeitmanagement betreibt. Es ist jetzt kaum möglich, mit einer Fragerunde ein komplett neues Thema zu eröffnen.

Thorsten Schick (CDU): Weil Herr Dr. Kaack das gerade noch mal ganz eindeutig formuliert hat, möchte ich an Herrn Knapp vom Bundesverband Breitbandkommunikation und Herrn Heer vom Bundesverband Glasfaseranschluss die Frage adressieren, welche Schwierigkeiten angesichts des Zuschnitts der Programme bestehen, überhaupt Fördergelder abzurufen. 500 Millionen € hat der Minister genannt. Ist diese Zahl realistisch? Was glauben Sie, was im Verlauf der nächsten drei Jahre auf der einen Seite angesichts der Schwierigkeiten des Zuschnitts der Projekte sowie auf der anderen Seite aufgrund der Beratungen, wo Breitband.NRW gerade umgestrickt wird und

da eine ganze Ebene weggefallen ist, überhaupt realistisch ist, was verbaut werden kann.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Ich hatte drei Fragen an je drei Personen. Glücklicherweise waren die Antworten schon sehr umfassend. Zum Landesentwicklungsplan ist Dr. Mainz ein Stück weit eingegangen und auch in der Fragestellung zwischen Betreibermodell und Zuschussförderung ist, glaube ich, erschöpfend Antwort gegeben worden.

Von daher reduziert sich das auf eine einzige Frage an Herrn Dr. Grün. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auf einige netzpolitische Defizite wie Störerhaftung hingewiesen, auf die ich jetzt nicht mehr weiter eingehen möchte, aber auch auf den Umstand, dass es keinen koordinierenden Staatsminister für Digitales gibt. Wir Piraten hatten so einen Antrag mal gestellt. Im Subtext der anderen Fraktionen kam so ein bisschen rüber: Ja, hm, das ist eigentlich eine recht populistische Forderung. – Können Sie in zwei, drei Sätzen sagen, was für ein Potenzial durch die Nichtexistenz eines solches Ministerium möglicherweise verschenkt wird?

Sven Knapp (Bundesverband Breitbandkommunikation): Ich habe erst noch mal eine Rückfrage an Herrn Schick. Ihre Frage bezieht sich darauf, ob die 500 Millionen € in den nächsten drei Jahren auch tatsächlich ausgegeben werden können – richtig?

Thorsten Schick (CDU): Ob die 500 Millionen € Förderung, die in Nordrhein-Westfalen in Aussicht gestellt worden sind, aufgrund der Probleme, die ich geschildert habe, überhaupt zum Einsatz kommen können.

Sven Knapp (Bundesverband Breitbandkommunikation): Okay, dann habe ich die Frage richtig verstanden. Aus meiner Sicht ist das möglich. Grundvoraussetzung ist, dass die Beratungen in den Kommunen entsprechend umgesetzt werden. Wir hatten heute schon öfters das Thema „Breitbandbeauftragte“. Das ist mit Sicherheit ein wichtiger Punkt. Zweiter wichtiger Punkt ist, dass das Bundesförderprogramm pro Projekt die Möglichkeit vorsieht, bis zu 50.000 € an Beratungsleistungen zu fördern. Das sollte man als Kommune definitiv wahrnehmen, um Markterkundungsverfahren und die Grobplanung vor einer Ausschreibung überhaupt schon durchzuführen. Wenn das ganze Thema „Beratungsleistungen“ gut funktioniert und entsprechende Erschließungsgebiete zugeschnitten werden, dann sehe ich eine gute Chance, dass die 500 Millionen € in den nächsten drei Jahren verteilt werden können. Wichtig ist dann, dass das Ganze entsprechend umgesetzt wird.

Wolfgang Heer (Bundesverband Glasfaseranschluss): Herr Schick, ich bin da nicht ganz so optimistisch. Es fällt mir schwer, diese 500 Millionen € zusammenzusetzen. Wir haben 665 Millionen € Länderanteil – Digitale Dividende. Nach Königsteiner Schlüssel kriegt NRW Pi mal Daumen ein Fünftel. Da stellt sich die Frage, woher die verbleibenden 367 Millionen € kommen? Sie gehen vermutlich davon aus, dass Nord-

rhein-Westfalen gemäß seinem Anteil am Königsteiner Schlüssel auch am Bundesförderprogramm beteiligt wird. Wenn das so ist, würde ich das als ungedeckten Scheck bezeichnen. Das kann sein. Je nachdem, wie schnell wir in NRW sind, können wir vielleicht sogar die ganzen 2 Milliarden € einsacken. Klammer auf: Das glaubt kein Mensch – Klammer zu.

Da gibt es null Gewähr. Beim Bundesförderprogramm geht es nach dem Windhundprinzip. Ich glaube, es gibt alle drei Monate Tranchenausschreibungen. Wer zuerst kommt und gemäß dem sehr kurzfristig ausgerichteten Scoring-Modell seine Anträge einreicht und positiv beschieden wird, der nimmt das Geld mit. Das heißt, es wäre schön, wenn mein Heimatland die 500 Millionen € für die Breitbandförderung einstreichen könnte, aber sichergestellt ist das nicht.

Dr. Oliver Grün (BITMi e. V.): Ich möchte versuchen, ganz kurz auf die Frage zu antworten. Unsere Forderung hinsichtlich eines koordinierenden Staatsministers im Bundeskanzleramt – das war auf Bundesebene gemeint, gilt aber genauso für die Landesebene – bezieht sich darauf, dass das Thema der Digitalisierung inzwischen von fünf verschiedenen Ministerien besetzt wird: dem Wirtschaftsministerium, dem Innenministerium, dem Bildungsministerium, dem Verkehrsministerium und dem Justizministerium. Da die Ministerien alle eigenständig arbeiten und sich nicht abstimmen, sodass keiner wirklich den Hut auf hat, führt das dazu, dass ein wahnsinniges Potenzial, das in der Digitalisierung steckt, verloren geht und wir am Ende eher Mauern statt Windmühlen bauen. Genau das ist das Problem: Es gibt keine Abstimmung. Die muss jemand führend übernehmen. Das machen andere Länder wie beispielsweise Frankreich übrigens auch. Ich denke, dass es dafür jetzt Zeit ist.

In NRW gibt es immerhin einen Digitalbeauftragten der Landesregierung. Das ist ein erster ganz, ganz kleiner Schritt. Aber hier muss viel mehr Richtlinienkompetenz an diese Position bzw. diesen Staatsminister gekettet werden.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Dr. Grün. – Damit sind wir mit den Fragen durch. Zunächst erst mal an die Sachverständigen: Vielen Dank, dass Sie heute für die Fragen und Beantwortungen zur Verfügung gestanden haben. Vielen Dank auch, dass Sie, soweit Sie das gemacht haben, schriftliche Stellungnahmen eingereicht haben. Wir werden das Ganze auswerten. Dann wird es in den entsprechenden Ausschüssen dazu noch mal eine Debatte geben, bevor wir zu einer abschließenden Beschlussfassung kommen werden.

Die Anregung von Herrn Hafke nehme ich gerne mit. Nächste Woche Donnerstag haben wir wieder die Obleuterunde, um das zu besprechen.

Ich darf mich bei Ihnen allen für die angeregte Diskussion und die Fragestellungen bedanken. Damit schließe ich diese Sitzung und berufe den Wirtschaftsausschuss in fünf Minuten wieder ein. – Herzlichen Dank.

gez. Georg Fortmeier
Vorsitzender

Anlage

01.03.2016/01.03.2016

350

**Öffentliche Anhörung
des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**

**zum Thema: „Ohne Glasfaser-Strategie verhindert die Landesregierung den
Sprung in die Gigabit-Gesellschaft“**

und

„Nordrhein-Westfalen braucht eine Digitalisierungs-Offensive“

und

**„Landesregierung muss Breitbandförderfonds für Flächendeckendes schnelles
Internet in allen Kommunen auflegen“**

und

**Chancen für flächendeckenden Ausbau digitaler Infrastrukturen durch
Breitbandförderrichtlinie des Bundes nutzen - Landesregierung muss
Kommunen beim Breitbandausbau endlich unterstützen**

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP

Antrag der Fraktion der Piraten, Anträge der Fraktion der FDP und Antrag der
Fraktion der CDU

Drucksachen 16/9591, 16/9595, 16/9596, 16/10071

am 9. November 2015, um 13:00 Uhr, Raum E 3 D 01

TABLEAU

Stand: 09.12.2015

eingeladen	Redner/in Weitere Teilnehmer/-innen	Stellung- nahmen
Bundesverband Glasfaseranschluss Herrn Wolfgang Heer Köln	Wolfgang Heer	----
Bundesverband Breitbandkommunikation Herrn Dr. Stephan Albers Bonn	Sven Knapp	----
IHK NRW Herrn Dr. Ralf Mittelstädt Düsseldorf	Dr. Matthias Mainz	16/3281
BITMi e.V. Herrn Dr. Oliver Grün Aachen	Dr. Oliver Grün	16/3279
Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW Herrn Dr. Luitwin Mallmann Düsseldorf	Alexander Felsch	16/3288
Bitkom Herrn Dr. Bernhard Rohleder Berlin	Nick Kriegeskotte	16/3278

eingeladen	Redner/in Weitere Teilnehmer/-innen	Stellung- nahmen
Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen mbH Herrn Stefan Glusa Meschede	Stefan Glusa	16/3275
STZ-Consulting Group Herrn Dr. Jürgen Kaack Erfstadt	Dr. Jürgen Kaack	16/3269
MICUS Strategieberatung GmbH Herrn Andreas Spiegel Düsseldorf	Andreas Spiegel	----
Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Steinfurt mbH Herrn Guido Brebaum Steinfurt	Guido Brebaum	16/3287

weitere Stellungnahmen

Unitymedia GmbH Köln
Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.

16/3280
16/3292

* * *